

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Warshawski, Magdeburg. Verantwortlich für den Inhalt: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz 2 Wrt., monatl. 70 Wrt. Bei den Postämtern 225 erst. Postgebühr. Einzelne Nummern 5 Wrt., Sonntags- und außerordentliche Nummern 10 Wrt. — Inserionsgebühren die sechsstelligen Zeilen 15 Wrt. Postgebühren Nr. 8162

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangolohn) 2 Wrt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Wrt., 2 Exempl. 2.80 Wrt. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 6 Wrt., monatlich 2 Wrt. Bei den Postämtern 225 erst. Postgebühr. Einzelne Nummern 5 Wrt., Sonntags- und außerordentliche Nummern 10 Wrt. — Inserionsgebühren die sechsstelligen Zeilen 15 Wrt. Postgebühren Nr. 8162

Nr. 116.

Magdeburg, Mittwoch den 20. Mai 1903.

14. Jahrgang.

Es braust ein Ruf wie Donnerhall.

Ans Vaterland, ans teure,
Schließ Dich an.

Aus echtem Patriotismus, aus glühender Vaterlandsliebe wenden wir uns heute an die Wähler; nicht nur unsern Wonnentenden senden wir unser heutiges Blatt, sondern auch weiten Kreisen von denen, die noch nicht Abonnenten der „Volkstimme“ sind, werden diese Seiten zugänglich gemacht werden. Es braust ein Ruf wie Donnerhall durch die deutschen Lande, der Ruf: Nieder mit den Volksfeinden! Zu beiden Seiten der Elbe steht fest und treu die Wacht der Sozialdemokratie; ein Siegeszug der einzigen vaterlandsfreundlichen Partei, der Sozialdemokratie, geht durch Deutschlands Gauen. Im Regierungsbezirk Magdeburg muß das rote Banner in allen Wahlkreisen zum Siege führen, denn die Volksfeinde gilt es aus dem Reichstage zu verdrängen.

Die Frage der Handelspolitik steht im Vordergrund des Wahlkampfes. Die Konservativen verlangen sofortige Kündigung der Handelsverträge, um die am 14. Dezember v. J. mit Hilfe von Rechtsbrüchern, die nach der treffenden Meinung selbst des nationalliberalen Kammergerichtsrats Karsten „Haß“ und „Erbitterung“ erzeugen müssen, zu stande gekommenen unerhörten Zollsätze in Kraft treten zu lassen. Die Nationalliberalen sind bereit, solchen Handelsverträgen zugestimmen, welche eine gewaltige Erhöhung der einheimischen und der ausländischen Zölle enthalten. Statt dessen treten wir Sozialdemokraten mit dem Bestreben nach Erneuerung der bestehenden Handelsverträge, die der Kaiser als

„eine rettende Tat“

bezeichnet hat, in den Wahlkampf ein.

Nur vaterlandslose Gesellen können uns bei diesem unsern Bestreben feindlich entgegenstellen, denn es ist eine Lebensfrage für das deutsche Volk, daß die auf den Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens hinielende Politik der Konservativen, Antisemiten und Nationalliberalen nicht zur Durchführung gelangt. In der maßlosesten Weise soll dem Volk das Brot, das Fleisch, sollen die übrigen Nahrungsmittel verweigert werden. Verteuert werden durch die Schutzpolitik beim Heinen Landwirt, der nicht in erheblichem Maße Vieh oder Getreide zu verkaufen hat, die Futtermittel und die Werkzeuge. Verteuert werden auch dem Handwerksmeister die Rohstoffe und Halbfabrikate, die er für sein Geschäft kaufen muß. Der Handel wird aufs Haupt geschlagen, denn die Kaufkraft des deutschen Volkes wird vernichtet. Wenn das deutsche Volk Brot und Fleisch teurer bezahlen soll, wenn Waren aller Art im Preise gesteigert werden, dann ist es selbstverständlich, daß weniger gekauft wird, daß sich das darbenende Volk noch größere Entbehrungen auferlegen muß. Natürlich würden sich die ausländischen Staaten eine Erhöhung der deutschen Zölle nicht gefallen lassen, ohne ihrerseits die Zölle auf deutsche Waren auch zu erhöhen. Die Folge wäre aber, daß weniger Waren im Auslande verkauft würden. Wenn aber der Absatz deutscher Produkte im Inlande und im Auslande abnimmt, so muß die jetzt schon so gewaltige Arbeitslosigkeit noch einen viel größeren Umfang annehmen, weil sehr viel weniger Arbeitskräfte gebraucht würden. Die arbeitslosen Industriearbeiter würden die Böden drücken, sie würden aufs Land ziehen und die jammervoll entlohnten Knechte verdrängen; sie würden sich zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen anbieten, als dies heute seitens der gedrückten Landarbeiter geschieht. Nur vaterlandslose Leute können wünschen, daß ein solches Zeitalter der Massenbankrotte, der Teuerung und der Massenarbeitslosigkeit über Deutschland heraufbeschworen wird.

Nur vaterlandslose Gesellen können ferner dafür eintreten, daß dem Militarismus neue Opfer dargebracht werden, daß weitere uferlose Flottenpläne zur Durchführung gelangen. Schon heute werden in einem einzigen Jahre für Militär und Marine nicht weniger als

1065 Millionen Mark

ausgegeben, wozu noch 75 399 000 Mark für die Militär- und Marinepensionen kommen. Schon im Jahre 1898 hatten wir ein reichendes Heer von 557 000 Mann auf den Weinen; zu diesen kamen im Jahre 1899 weitere 19 000 Mann statt der geforderten 25 676 Mann. Es ist aber eine weitere Steigerung der Armee — nach den Berichten bürgerlicher Mütter — um mindestens 30 000 Mann geplant, welche die Konservativen und Nationalliberalen herbeiführen wollen. Insbesondere soll die kaiserliche Kavallerie verstärkt werden. Obwohl eine Verdoppelung der Schlachifflotte bereits angenommen worden ist, welche im ganzen 5000 Millionen Mark kostet, sollen doch noch weitere Marineverstärkungen gefordert werden. Die Kosten dieser gewaltigen Flotten- und Marinevermehrung sollen die Armen bezahlen, denn die Konservativen und Nationalliberalen sind Gegner einer Verringerung der großen Einkommen, der Kneifen der großen Einkommen, wie sie in reichen Kreisen so häufig vorkommen. Statt dessen soll die Biersteuer erhöht werden, die

Tabaksteuer noch schlimmer werden, die indirekten Steuern sollen noch weiter gesteigert werden. Ist es nicht vaterlandslos, wenn wohlhabende Bürger ihre armen Volksgenossen in solcher barbarischen Weise besteuern? Ist es nicht vaterlandslos, wenn reiche Leute aus Habgucht

unser geliebtes Vaterland

für die meisten ihrer Mitmenschen zu einer Stätte des Fluches gestalten?

Unserm heutigen Militärsystem muß jeder wahre Patriot feindlich gegenüberstehen. Man erinnere sich nur an jene grauenhaften Militärmisshandlungen, welche dieses System bedingt! Es ist das System, welches trotz zahlreicher Verurteilungen von Soldatenskindern durch die Kriegsgerichte keine Ausrottung der

Militärmisshandlungen

duldet. Der Erbprinz von Meiningen, welcher als Kommandierender General des 6. Armeekorps verfügte, daß die Soldaten die Pflicht haben sollten, sich keine Mißhandlung gefallen zu lassen, sondern sich zu beschweren, und daß ihm, dem General selbst alle solchen Beschwerdefälle zu melden sind, wurde von seiner bisherigen Stellung entfernt, sein Erlaß wurde zurückgenommen.

Ist es nicht höchst vaterlandslos, daß die Konservativen und Nationalliberalen unsere braven alten Kriegsveteranen verhungern lassen, welche in den Kriegen „mit Gott für Kaiser und Reich“ gekämpft haben? Ist es nicht ein Zeichen eines grenzenlosen Hasses gegen unser geliebtes Vaterland, daß diese Gefühllosen einen Antrag ablehnten, der darauf hinging, den alten Vaterlandsverteidigern ein Anrecht auf die winzige Rente von 120 Mark pro Jahr zu gewähren, wenn sie zwei Drittel ihrer Arbeitskraft bereits eingebüßt haben? Ist es doch in Magdeburg vorgekommen, daß ein alter Mann, der am Kriege teilgenommen hatte und bis in sein hohes Alter hinein niemals bestraft worden war, zweimal hintereinander zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, weil er keine Veteranenrente bekommt und infolgedessen betteln mußte, um nicht Hungers zu sterben!

Ein Ruf wie Donnerhall muß es auf Euch, Ihr Landarbeiter, wirken, daß wir auch für Euch und das Gefinde das Koalitionsrecht erkämpfen wollen. Können doch zwei Knechte oder zwei Mägde mit

Gefängnis bis zu einem Jahre

bestraft werden, wenn sie sich verabreden, gemeinsam zu kündigen, um einen höheren Lohn zu beziehen! — Ist es nicht unerhört, daß die Landarbeiter keiner Krankenklasse anzugehören brauchen, nur weil die reichen Junker keine Beiträge zahlen wollen?

Offen haben sich Herr von Kröcher, Herr Gimburg und Herr Placke für die Beseitigung des gleichen Wahlrechts ausgesprochen. Wie bei den Wahlen zum preussischen Landtag soll auch bei den Wahlen zum Reichstag der Reiche mehr zu sagen haben wie der Arme. Es braust also noch ein Ruf wie Donnerhall durch das Land:

Das Wahlrecht ist in Gefahr!

Vaterlandslose Gesellen, welche Euch zum Verzweiflungskampf auf die Barrikaden treiben wollen und eine Revolution herbeizuführen trachten, um Arbeiterblut fließen zu sehen, wollen Euer verfassungsmäßig verbrieftes Recht antasten! Das dürft Ihr nicht geschehen lassen, wenn Euch Euer Vaterland teuer ist.

Wir Sozialdemokraten sind zwar keine Monarchisten, weil unser Endziel die Gleichberechtigung aller ist, die Menschenanliege tragen und weil wir wissen, daß sich das Volk selbst regieren kann; aber bei dieser Wahl sind die Sozialdemokraten die Kandidaten des Kaisers. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß der Kaiser am 5. Dezember 1902 in Breslau sagte: „Sonder uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen,

schlichten Mann aus der Werkstatt

der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der sehe ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeiter-Vertreter des deutschen Arbeiterstandes.“ Keine der bürgerlichen Parteien hat dem Wunsch des Kaisers Rechnung getragen; keine hat einen Arbeiter aufgestellt. Nur unsere sämtlichen Kandidaten sind solche Leute aus der Werkstatt; mer von ihnen nicht mehr in der Werkstatt arbeitet, der mußte seinen Beruf ändern, weil ihn die Unternehmer entließen und auf die schwarze Liste der Ausgeworfenen setzten. Darum stimmt für diejenigen Kandidaten, welche als Tischler und Schuhmacher, als Buchdrucker, Schlosser, Maurer oder Raler Armut und Elend kennen gelernt haben; stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratie!

Politische Heberficht.

Magdeburg, den 19. Mai 1903

Unter dem neuen Präsidenten Lindenber.

Zu derselben Zeit, in welcher die Verfassung des Kammergerichtsrats Haventkeim wider dessen Willen an

eine Zivilkammer bekannt wurde, erfuhr die Welt auch die Berufung des Landgerichtspräsidenten Lindenber, welcher einst Vorsitzender jenes Gerichts war, welches unsern Genossen Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt hatte, zum Senatspräsidenten Lindenber. Unser Berliner w-Korrespondent schreibt uns jetzt aus dem Kammergericht:

Gegen die Ausrückbestimmung aller Straßenpolizeiverordnungen monach den zum Schutz der Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen ergehenden Auforderungen und Anordnungen von Polizeibeamten unbedingt Folge zu leisten ist, sollte sich der Metallarbeiter J. in Berlin vergangen haben. Anlässlich des Streiks der Rohrlager und Helfer im Jahre 1902 jungierte J. in der Nähe der Fabrik von V. Hermann als Streikposten. Ein Schutzmann der die Anweisung hatte, das Umhergehen vor dem Gebäude nicht zu dulden, wies ihn und andre Streikposten dort fort. J. kam nach einiger Zeit wieder und wurde abermals aufgefordert, fortzugehen. Er protestierte, da das Streikpostensystem ein gesetzliches Recht ist, begab sich dann nach der inmitten der Straße belegenen Promenade und kehrte schließlich wieder nach dem Bürgersteig zurück. Nunmehr stellte der Schutzmann seine Persönlichkeit fest und die Folge war eine Anklage wegen Vergehens gegen die §§ 132 und 133 der Berliner Straßenpolizeiverordnung, welche die zitierte Vorschrift und die Strafandrohung enthalten. — J. wurde vom Landgericht als der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht führte aus, daß das Streikpostensystem an sich ja nicht strafbar sei, daß es aber nicht erfolgen dürfe in einer Weise, die gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoße. Das sei aber hier anzunehmen. Wie die Erfahrung lehre, gebe ein Streik vielfach Anlaß zu Streitigkeiten zwischen Arbeitstuchenden und den Weiterarbeitenden einerseits und den Streikenden andererseits. Das habe der Schutzmann auch hier beabsichtigt können. Dafür spreche schon, daß der Unternehmer bei der Polizeibehörde um Schutz gebeten habe und die Arbeitswilligen bemüht gewesen seien, der Streikposten aus dem Wege zu gehen. Die Anordnung des Schutzmanns sei somit im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ergangen, sei berechtigt gewesen und J. hätte sie befolgen müssen und nicht wieder nach dem Bürgersteig vor der Fabrik zurückkehren dürfen.

J. legte Revision ein beim Kammergericht in Berlin und machte geltend, daß nicht der geringste Grund vorgelegen habe, anzunehmen, es könnte zu einer Störung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs kommen. Rechtsanwalt Köppler betonte noch vor dem Kammergericht, daß dieses selbst eine Verurteilung eines Streikpostens, wenn dieser zum Weggehen aufgefordert worden und nicht gefolgt sei, hannon abhängig mache, daß ein objektiver Grund für die Anordnung des Beamtens festzustellen wäre. Davon könne aber vorliegend gar nicht die Rede sein. Die Feststellung, der Fabrikant habe aus Furcht die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen, gebe keinen objektiven Grund für das Verbot des Aufenthalts auf dem Bürgersteig ab. Das Postfassen vor der Fabrik, das Magdachen und die Wiederkommen des J. solle alles in den Rahmen eines berechtigten Streikpostensystems fallen.

Der Strafsenat des Kammergerichts unter jenem neuen Präsidenten Lindenber verwarf jedoch die Revision mit der Begründung, daß die Vorentscheidung ohne Rechtsirrturn zu Grunde gekommen sei.

Diese Entscheidung des Kammergerichts wird in den weitesten Kreisen Aufsehen erregen. —

Die Gesetzeskenntnis der Polizei von Seehausen.

Wieder sind wir in der Lage, einen unerhörten Hebergriff konstatieren zu müssen. Einem Parteigenossen in Seehausen i. Altm. ging jedoch ein Strafbesehl zu, in dem es heißt:

Die Polizei-Verwaltung.

Nr. 60 der Strafsitte 1903.

Es haben am Sonntag den 10. d. M. sozialdemokratische Flugblätter verteilt und dadurch bei den Bewohnern der Stadt Mergernis erregt und die Sonntagsruhe gestört.

Die Hebertragung wird bewiesen durch amtliche Anzeige des Polizeiverwalters Heber selbst vom 10. Mai cr.

Es wird deshalb gegen Sie auf Grund der Oberpräsidial-Verordnung vom 23. April 1896 über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage und § 300 Nr. 1 des Strafgesetzbuches eine bei der Kammerkassette zu Seehausen i. N. zu erlegenden Geldstrafe von 6 Mark — St., an deren Stelle, wenn Sie nicht bezutreiben ist, eine Haft von zwei Tagen mit, hierdurch festgesetzt.

So geschehen nicht in Kalau, sondern in Seehausen in der Hilmarsl.

Wenn die Polizei einen Dummen findet, der keine gerichtliche Entscheidung beantragt, dann ist sie in der Lage, bei dergleichen Hebergriffe gewaltige Einnehmungen zu verüben. Natürlich wird unser Genosse das Gericht anrufen; es ist zu erwarten, daß ihm die Kosten seiner Verteidigung wie auch die seiner persönlichen Auslagen gerichtsfestig ersetzt werden.

Erweiternd wirkt der drohende Miß der hochwohlwollenden Polizei; wäre es nicht so tief traurig, daß dergleichen vorkommen kann, man wäre versucht, den Wahlsieger des Polizeigewaltigen von Seehausen wegen des unwürdigen Humors zu belächeln, der den Strafbesehl auszeichnet.

Gäbe unser Genosse gegen die Oberpräsidial-Verfügung verstanden, welche öffentlich bemerkbare „Arbeiten“ am Sonntag verbietet, dann wäre es natürlich gleichgültig, ob es sich um sozialdemokratische oder um konservative Flugblätter handelt. Bei den Bewohnern der Stadt kann der Flugblattverteiler kein Mergernis erregt haben, denn am Sonntag anlässlich der dortigen

Reichstagswahlbewegung.

* Die Wählerlisten liegen auch Sonn- und Feiertags aus! Die Auslegungsfrist für die Reichstagswählerlisten ist nach § 2 des Reichstagswahlreglements vom 28. Mai 1870 auf mindestens 8 Tage bemessen. Nach dem itenographischen Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom Jahre 1871, Seite 382, ist die Liste an acht aufeinander folgenden Tagen während der bei der auslegenden Behörde üblichen Geschäftsstunden auszuliegen. Fällt in diese Frist ein Sonn- oder Feiertag, während dessen üblicherweise die Geschäftszimmer geschlossen sind, so ist er gleichwohl in die Frist einzurechnen. Fällt dagegen der Sonn- oder Feiertag auf den letzten Tag der Frist, so ist diese um einen Tag zu verlängern (vergl. M. Seydel, der deutsche Reichstag, Seite 372). Im übrigen hat der Reichstag (vergl. Krangels „Wahlrechtshandbuch“ S. 30) als unbedingte Forderung festgehalten, daß die Listen mindestens an acht Tagen zugänglich gewesen waren, daß also dazwischen liegende Sonn- und Feiertage nur dann mitzuzählen sind, wenn auch an ihnen die Listen allgemein zugänglich waren. — Da diesmal die Auslegung der Wählerlisten an einem Montag beginnt, werden sie am folgenden Sonntag zugänglich gemacht werden müssen, oder aber sie dürfen erst mit Ablauf des nächsten Dienstags geschlossen werden. — Wie dem amtlichen „Dresd. Journ.“ mitgeteilt wird, sind die für die Reichstagswahl bestellten Wahlkommissionen von dem sächsischen Ministerium des Innern angewiesen worden, etwa nötig werdende Stichwahlen auf Donnerstag den 25. Juni d. J. anzuberaumen. — Wir haben schon vor einigen Wochen gemeldet, daß der 25. Juni der Stichwahltag wenigstens in Preußen sein werde. Auch die übrigen Bundesstaaten dürften, wie Preußen und Sachsen, an diesem Tage als dem Stichwahltermin festhalten. —

* **Webel in Waghens Wahlkreis.** Am 13. Mai sprach — wie Parteiblätter melden — unter Genosse Webel in Krefeld vor einer Versammlung von circa 4000 Personen. Streifelt hat nach wie eine solche Versammlung gesehen, der größte Saal der Stadt, die Stadthalle, mit den großen Galerien war überfüllt, Korridore und ein Teil des Gartens besetzt, und trotzdem stand noch eine große Menschenmenge vor dem von der Polizei abgesperrten Lokale. Die Polizei hatte ihre liebe Not, die Geleise der Straßenbahn, welche an dem Lokal vorbeiführt, freizuhalten, denn die Menge harrete bis zum Schluß der Versammlung auf der Straße aus. Webel, welcher bei seinem Erscheinen rühmlich begrüßt wurde, rechnete mit dem Zentrum im allgemeinen und mit dem Vertreter Krefelds, Waghens, im besonderen ganz gründlich ab. Unser Parteiveteran hatte in seiner mehr als 2 1/2 stündigen Rede die Unwesenden, unter denen sich eine sehr große Anzahl Bürgerlicher befanden, so begeistert, daß eine Resolution, welche das volksverräterische Treiben des Zentrums verurteilte, einstimmig angenommen wurde. Eine große Menschenmenge begleitete Webel mit Hochrufen auf seinem Wege zum Hotel. Die Zentrumspresse ist von einer solchen Niesen-Demonstration nicht erbauet und suchte durch Verleumdungen und Lügen den großartigen Verlauf dieser Versammlung zu verdunkeln. —

* **Da kann man jetzt wohl wählen, wen man will?** sagte ein Kleinbauer eines Ortes bei Gardelegen wütend mit dem Ausdruck freudigen Staunens zu einem unserer Parteigenossen, der ihm die neuen Bestimmungen zum Schutz des Wahlscheintüßes klar gemacht hatte. — Die treffende Neuerung des sächsischen Mannes aus dem Volke zeigt, warum die Herren v. Kröcher, Simburg und Herbert Wismarc samt der ganzen konservativen Partei gegen die von ihnen als „Klotzgesetz“ verpöbelte Aenderung des Wahlverfahrens gestimmt haben. —

* Das zweite Gesicht des Herrn Placke. Die „Magdeb. Ztg.“ sucht Herrn Placke's Äußerungen über das Wahlrecht nachträglich zu leugnen. Es sei daher folgendes gegenübergestellt:

Die „Magd. Ztg.“ vom 14. Mai führte an, daß Herr Placke in „Wahrsleben“ folgendes gesagt habe:

Die Sozialdemokraten betrachten alles nur als Abschlagszahlung, als Taschengeld auf dem Wege zum Zukunftsstaat; sie können darum, wie Herr v. Kröcher sagt, niemals Subjekt, sondern nur immer Objekt der Gesetzgebung sein. . . . Er sei kein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts, aber wenn die Gegner das Wahlrecht auf Leute im 21. Lebensjahre und auf die Frauen ausdehnen wollen, dann lasse es sich begreifen, daß man auf der andern Seite das Wahlrecht auf 30 Jahre hinaufgesetzt wissen wolle. Das Wahlrecht werde vielleicht in einem letzten Verzweiflungskampfe des Bürgerturns gegen die Sozialdemokratie revidiert werden.

Die „Magd. Ztg.“ vom 17. Mai schreibt:

Schönebeck, 16. Mai. Von gegnerischer Seite wird Herrn Placke, dem Kandidaten der Ordnungsparteien im Wahlkreise Calbe-Wahrsleben, unterstellt, daß er die Vernichtung des bestehenden Wahlrechts anstrebe. Gerade das Gegenteil hat Herr Placke geäußert, indem er (wie in Nr. 240 angedeutet) ausdrücklich erklärt, daß niemand, selbstverständlich auch er nicht, an Beseitigung des geheimen, allgemeinen, direkten Wahlrechts denke. Seine Hinweisungen gipfelten in dem Schlusse, daß, wenn das bestehende Wahlrecht überhaupt jemals bedroht sei, dies allein der Fall sein werde von Seiten der Sozialdemokratie, der Partei der revolutionären Umsturzes. Dem erfahrungsmäßig seien Volksrechte in revolutionären Zeiten am meisten in Gefahr. Herr Placke hat sich auch die bekannte Kröcher'sche Äußerung von der Sozialdemokratie als Objekt der Gesetzgebung nicht zu eigen gemacht: er hat vielmehr lediglich darauf verwiesen, daß, wenn die Sozialdemokratie jeden Fortschritt in sozialer Beziehung und jedes Nachgeben ihr gegenüber immer nur als Taschengeld auf dem Wege zum „Endziele“ ansehe, sie sich nicht darüber wundern könne, daß die Frage, warum sie denn überhaupt bei der Gesetzgebung des Staates mitwirkte, den sie ganz ausgeprochenmaßen so bald und so gründlich wie möglich zu Grunde richten will, gar nicht so absurd erscheint.

Die eine Seite widerspricht der andern frist. Uebrigens ist auch auf dem, was unsere Leser rechts finden, das wesentliche nicht deutlicher. Herr Placke sagte nach der „Magdeb. Ztg.“ vom 17. Mai nur, niemand, auch er nicht, denke an die Beseitigung des „geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts!“ Wohlgerneht — von dem gleichen Wahlrecht ist nicht die Rede. Wenn das Wahlrechts-

alter z. B. hinausgesetzt wird, so würde der Prozentsatz der reichen Leute innerhalb der Wählerliste größer werden, weil reiche Leute später sterben wie Arbeiter. Und mit einer solchen — „Revidierung“ des gleichen Wahlrechts würde man sich sicherlich nicht begnügen.

Die „Magdeb. Ztg.“ hat übrigens noch nicht widerrufen, daß Herr Placke in einer seiner Reden die Sozialdemokraten beschuldigt hat, für Vollfreiheit von Kaviar, Austern und Hummer eingetreten zu sein und in einer andern Rede das Gegenteil behauptete. War der Bericht der „Magdeb. Ztg.“ richtig oder nicht? —

* **Der Dank an den Regierungspräsidenten.** In einer Versammlung von Anhängern der Kandidatur v. Arnstedt im Kreise Wangleben wurden „besonders die Verdienste des kandidierenden Herrn um das Vode-Regulierungs-Projekt“ anerkannt, von dem gerade der Kreis Wangleben hervorragende Vorteile haben werde.

Das ist nun genug, um Volksvertreter zu spielen, ein einziges Vode-Regulierungsprojekt! Daß die Arnstedt'schen sonst nichts Lobenswerthes von ihrem Kandidaten zu sagen wissen, ist sowohl für sie wie für ihren Parabe-Kandidaten wenig schmeichelhaft.

* **Abgefaßt!** Der bisherige Abgeordnete für Erfurt, Schneidermeister und Mittelstands-Parade-Kandidat Jacobskötter, den die konservative Partei als lebendiges Dokument für ihre Handwerkerfreundschaft vorzuzeigen pflegte, ist regelrecht abgesetzt und zieht in den Wahlkampf mit dem unangenehmen Gefühl, nicht gewählt zu werden. Ein Antisemit, ein gewisser Mosch, hat die Vertretung des Bundes der Landwirte gefunden und in dem Falle, daß die Sozialdemokraten nicht im ersten Wahlgang siegen, wird Mosch und nicht Jacobskötter mit ihnen in Stichwahl kommen. Der Vorsitzende der im Wahlkreis Erfurt bestehenden Organisation des Bundes der Landwirte erklärt eine öffentliche Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte sich mit allen gegen zwei Stimmen gegen die Kandidatur Jacobskötter erklärt haben. — Jetzt wird der sozialdemokratische Kandidat Gen. S. Schulz-Bremen um so bestimmter gewählt werden. Damit ist dem konservativen Schneidermeister die letzte Hoje angemessen. —

* **Die evangelischen Arbeitervereine im Wahlkampf.** Folgende offene Anfrage an die Götthener Polizeiverwaltung veröffentlicht das „Anhalter Volksblatt“:

Laut Bericht im „Göth. Tagebl.“ hat der Evangelische Arbeiterverein in Götth in seiner letzten Versammlung u. a. auch die bevorstehende Reichstagswahl besprochen. Man will, so heißt es in dem Bericht, „aus der Reihe herausreten“, hier sei die Lösung: „Alle für Weibel!“

Wir sind durchaus erfreut, wenn unsere Gegner in Anhalt 2 endlich aus der „Reihe herausreten“ und offen in die Arena treten; nur der Kampf mit offenem Bistier kann die Meinung klären. Ob freilich das offene Eintreten eines Arbeitervereins für den Millionär Weibel imponierend auf die Wählermasse einwirken wird, möchten wir doch bezweifeln. Doch, dies nur nebenbei.

Die Götthener Polizeiverwaltung fragen wir hiermit: 1. Ist der Götthener Evangelische Arbeiterverein, wie es das anhaltische Vereinsgesetz verlangt, als politischer Verein gemeldet? 2. Hat er sein Statut eingereicht? 3. Welcher er seine Versammlungen an? 4. Meldet er jede Mitgliederänderung innerhalb 3 Tagen an? 5. Werden seine Versammlungen vollständig überwacht, wie das z. B. bei dem sozialdemokratischen Verein geschieht?

Im Antwort wird gebeten! Diese offene Anfrage könnte man auch an die Polizeiverwaltungen anderer Orte richten. —

Genossen! Seht die Wählerlisten nach!

Wer nicht in der Liste eingetragen ist, hat bis zum 25. Mai seine Eintragung zu bewirken, andernfalls er am 16. Juni nicht wählen darf.

Fenilleton.

Redaktion verboten.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Aus dem Englischen übersetzt von E. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von S. Federjantsch-Weber.

(129. Fortsetzung.)

„Wie stolz der Herr ist,“ sagte Lambourne; „diese Edelleute, die meinen, sie sind aus Porzellanerde gebacken, halten sich zu gut für den armen Michael Lambourne. Sollte man Euch, Herr Treffilian, nicht für den jüngstlichen, bescheidensten Damenritter ansehen, der je in England bei hellen Wachskerzen von Liebe sprach? Ihr wollt den Heiligen bei uns spielen, Herr Treffilian, und habt doch etwas Weibliches in Eurer Schlafzimmern zur Schande von Mylords Schloß. Ha! ha! ha! Hab ich's getroffen, Herr Treffilian?“

„Ich weiß nicht, was Ihr meint,“ sagte Treffilian, der indessen wohl merkte, daß dieser ausdauernde Raufbold Amys Anwesenheit in seinem Zimmer erfahren habe; „aber wenn Ihr,“ fuhr er fort, „hier Zimmeraufseher seid, und Lohn dafür begehrt, so nehmt dies, um das meinige unangestastet zu lassen.“

Lambourne besah das Goldstück, steckte es ein und sprach: „Nun, ich weiß nicht, ob ein gut Wort von Euch nicht so viel getan hätte, als hier der glänzende Schein. Indessen war mit Gold zählt, zählt immer gut, Michael Lambourne war nie ein Friedensförderer, Spielverderber oder dergleichen. Leben und leben lassen, das ist mein Spruch; aber ich kann's nicht leiden, wenn andre Leute auf mich blicken, als wären sie von Silber und ich von Zinn. Wenn ich also Euer Geheimnis bewahren soll, Herr Treffilian, so müßt Ihr mich wenigstens freundlicher ansehen, wir sind alle arme Sünder. Wie Ihr seht, vergeht das nicht, und dann macht mit Eurer Kammer und dem Vogel dort, was Ihr wollt, dem Michael Lambourne gut's gleich.“

„Macht Was, Herr!“ sagte Treffilian unfähig, seinen Zorn zu märgeln. „Ihr habt ja Euren Lohn.“

„Hm!“ sagte Lambourne, indem er zwar Was machte aber zwischen den Zähnen murmelte, Treffilians Worte

wiederholend: „Macht Was, Ihr habt ja Euren Lohn! — aber es tut nichts, ich bin kein Spielverderber, wie ich vorher sagte, ich bin kein Hund im Fischerboot — denkt daran.“

Je mehr Treffilian sich entfernte, um desto lauter sprach Michael, der sich nur vor diesem fürchtete, so lange er ihn nicht aus den Augen verloren hatte.

„Ich bin kein Hund im Fischerboot, aber ich will auch keine Rollen zutragen. Denkt daran, mein Herr Treffilian, ich will mein Teil an dem Mädchen haben, die ihr so geradezu in Euer altes Gespensterloch einquartiert habt — aus Zucht vor Geistesern etwa, oder weil ihr nicht allein schlafen mögt. Wenn ich in eines fremden Lords Schloß mir so etwas unterstanden hätte, der Teufel wäre los gewesen. „Werst den Kerl die Treppe hinab, wie eine Kunkelstrübe!“ hätte es dann geheißt; „fort mit ihm in des Türhüters Loch!“ Ja, diese tugendhaften Edelleute haben sonderbare Vorrechte gegen uns, die wir doch auch aus Fleisch und Blut gemacht sind. Gut — ich habe Herrn Treffilian jetzt in meiner Hand, das ist ein Punkt, und sein Bräutchen muß ich sehen, das ist ein andrer.“

Neunundzwanzigstes Kapitel

Lebt wohl, mein Herr, wenn treuer Dienst Mit hartem Wort belohnt wird, laßt das Tau. Und laßt die Schiffe durch pfadlose Flut Den Weg sich suchen.

Der Schiffbruch.

Treffilian ging in den Außenhof des Schlosses, über seine seltsame und höchst unerwartete Zusammenkunft mit Amy und darüber nachdenkend, ob er recht getan, als Bevollmächtigter ihres Vaters, ihr sein Ehrentwort, sie so viele Stunden ihrer eignen Führung zu überlassen, gegeben zu haben. Aber wie hätte er ihre Bitte abschlagen können? Da sie, wie er glaubte, von Varnen abhängig war, so hing das Glück ihres künftigen Lebens davon ab, daß er sie nicht zum Neubersten trieb und da keine Macht Treffilians sie von Varnen befreien konnte, falls sie dieser als seine Gattin anerkannte, mit welchem Recht konnte er alsdann ihren Hausfrieden stören und Zwietracht zwischen ihr und ihrem Gemahl stiften? Treffilian entschied sich daher, sein Amy gegebenes Wort zu halten, einmal, weil er es gegeben hatte,

und dann auch, weil er, an jenes seltsame Zusammentreffen mit Amy denkend, gerechter- und billigerweise es ihr nicht verweigern konnte.

In einer Hinsicht hatte, wie es ihm schien, die Sicherheit der unglücklichen, noch immer von ihm geliebten Amy gewonnen; sie war jetzt nicht mehr an einem fernen und einsamen Orte, bewacht von Menschen, denen man nichts Gutes zutrauen konnte. Sie befand sich jetzt im Schloß Kenilworth, im Bezirk des königlichen Hofes, war keiner Gewaltthatigkeit ausgesetzt und konnte, sobald es nötig war, vor Elisabeth gebracht werden. Diese Umstände mußten auch alle die Bemühungen, die er möglichem Maße überreden anwenden würde, mächtig unterstützen.

Während Treffilian so die Vorteile und Gefahren ihrer unerwarteten Anwesenheit in Kenilworth erwog, ward er eilig und ängstlich von Wanland angedeutet, der, nachdem er hastig ausgerufen hatte: „Gott sei Dank, gestrenger Herr, daß ich Euch gefunden habe!“ ihm vorrästlich und leise ins Ohr flüsterte, daß die Lady von Cummerplace entwichen sei.

„Sie ist jetzt im Schloß,“ sagte Treffilian; „ich habe sie gesehen und gesprochen. War es ihre Wahl, daß sie in meinem Zimmer Zuflucht suchte?“

„Nein,“ antwortete Wanland, „aber ich konnte sie auf keine andre Art sicher unterbringen, und ich hätte mich glücklich, noch einen Haushofmeister zu finden, der Euer Zimmer kannte — es liegt in schöner Gesellschaft, wahrhaftig! auf der einen Seite sind die Küchen, auf der andern ist die Halle.“

„Schweig, jetzt ist keine Zeit zum Scherzen,“ sprach Treffilian ernst.

„Ich weiß das nur zu gut,“ sagte der Schmied, „es war mir diese drei Tage zu Mute, als habe ich einen Strich im Nacken. Diese Lady weiß nicht, was sie will, sie begehrt Eure Hilfe nicht, befiehlt, daß man Euch ihren Namen nicht nennen soll und will sich in Lord Peicesfers Hände geben. Nimmermehr hätte ich sie dahin gebracht, daß sie auf Euer Zimmer ging, hätte sie gewußt, wem es gehörte.“

„Das ist möglich,“ sagte Treffilian, „aber sie hofft vielleicht, der Graf werde seinen Einfluß über seinen nichts-würdigen Untergebenen zu ihrem Vorteil gebrauchen.“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

12 000 ausgesperrte Arbeiter an der Unterweiser! Wie wir gestern bereits telegraphisch mitteilten, sind an der Unterweiser mehrere tausend Arbeiter aufs Pflaster geworfen.

Der ebenso rücksichtslose wie unbegründete Gewaltakt der Unternehmer an der Unterweiser ist also vollendet, soweit er die Arbeiter des „Vulkan“ und die der Tecklenborgischen Werft betrifft. Auch andere Großbetriebe werden mit der gleichen Gewalttat gegen die bei ihnen beschäftigten Arbeiter vorgehen. Die Hoffnung, daß der gewaltige Kampf vermieden werden könne, hat sich nicht erfüllt. Vergebens war es, daß die Arbeiter bis auf den letzten Augenblick sich redlich bemüht haben, die Veranlassung der angedrohten Ausperrung aus dem Wege zu räumen und den Kampf dadurch zu vermeiden. In ihrer Friebsliebe, in dem Bewußtsein, den Unternehmern bis zur äußersten Grenze des Möglichen entgegengekommen zu sein, glaubten die Arbeiter noch am Sonnabend an eine befriedigende Lösung des Konflikts. Verhandlungen wurden bis zur letzten Stunde geführt. Aber während man jeden Augenblick die Nachricht erwartete, die Differenzen seien beseitigt, der Friede geschlossen, traf am Sonnabend abend die Nachricht ein, daß der „Vulkan“ zu Gunsten der Tecklenborgischen Werft, die bereits ausgesperrt hatte, ebenfalls die Arbeiter ausbrennen werde. Diese Kunde mußte umso mehr überraschen, als die mit der „Vulkan“-Direktion geführten Verhandlungen einen günstigen Verlauf zu nehmen schienen. Nun, es ist anders gekommen, als die Friedensfreundliche erwartet haben. Die Ausperrung beim „Vulkan“ ist zur Tatsache geworden und weitere Ausperrungen stehen bevor. Und das alles, weil in zwei Betrieben ganz untergeordnete Konflikte mit einem Teil der Arbeiter bestanden, die bei einigem guten Willen der betreffenden Unternehmer längst beseitigt wären. Die Betriebe, welche jetzt in unerhört früher Weise Tausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt haben oder noch setzen wollen, haben nicht die geringste Ursache zu solchem Gewaltakt.

Nach alledem scheint es zweifellos, daß das vereinigte Unternehmertum an der Unterweiser den Kampf gegen die Arbeiterorganisation in großem Maßstabe beginnen will. Die Vernichtung des Koalitionsrechts, die dem „Norddeutschen Lloyd“ trotz der Anwendung brutalster Mittel nicht gelungen ist, soll jetzt mit vereinten Kräften betrieben werden. Eine andre Erklärung gibt es für das Vorgehen der Unternehmer nicht. Wollten die Unternehmer den Vernichtungskampf gegen die organisierten Arbeiter führen, so werden sich diese wehren, und tatkräftige Hilfe ihrer Massenangehörigen in ganz Deutschland wird ihnen nicht fehlen.

Immer noch mehr Unternehmer-Willkür! Die Unternehmer scheinen es sehr nötig zu haben, vor der Wahl auch den letzten Arbeiter gegen die Macht des Kapitals aufzustacheln. Aus Köln meldet uns ein Telegramm:

Nachdem die streikenden Bergarbeiter der Aufforderung des Arbeitgeberverbandes, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht entsprochen haben, wird nunmehr wiederum die Ausperrung sämtlicher Bergarbeiter, Fugler sowie Maurer, die die Bergarbeiterarbeiten nicht ausführen wollen, erfolgen. Eine gestern von über 1000 Personen besetzte Versammlung der Bauarbeiter erklärte sich mit den streikenden Bergarbeitern solidarisch. Es wird wahrscheinlich, soweit sich die Stimmung der Bauhandwerker übersehen läßt, zu einem umfangreichen Maurerstreik kommen, der schließlich zur früher gedachten Ausperrung der gesamten Bauhandwerker führen dürfte.

Die Herren wollen den Kampf! Nun wohl, sie sollen ihn haben. Sie allein tragen die Verantwortung für alles was daraus folgt! —

Wieder eine Ausperrung.

In Thüringen bezieht sich ein Kampf vor, der jedenfalls einen gewaltigen Umfang annehmen wird, es drängt nämlich Tausende von Porzellanarbeitern die Ausperrung. Mit dem Umlegen der Glühföfen hatten sich die im Verband der keramischen Industrie organisierten thüringischen Porzellanarbeiter befinden sich auf der ganzen Linie mit Schwermetallen verunreinigen. Bisherige gelang es den gut organisierten Arbeitern, die Ausperrungen sowohl als auch vorgeschobene Maßregeln abzuwehren und das führte im vorigen Jahre zu dem Streik. Die organisierten Arbeiter traten und traten zu helfen und daher mit nachhergehenden Anzeichen. Dieser Mann kann aber wenig in die Zukunft und nur vorläufig die Unternehmer-Organisation ganz doch auf das Abwarten. Man habe man Organisation nach Möglichkeit nicht mehr an, und wenn es ein glückiges Gelingen, um die man jetzt gebunden zu haben glaubt. In einem Bericht (Sachverständigen) wurde den Arbeitern über die Gefahr gewarnt, daß eine Schwächung ihrer Kräfte durch die Ausperrung der Glühföfen ein und bezeichnen bei ihrem Fortschreiten die Fortsetzung der Arbeit. Die Glühföfen sind abhängig und man würde die Arbeiter zu einem Fortsetzung eingeladen. Sie erwidern nicht wenig, als sie erwarten, daß hierzu die beiden beiderseitigen Porzellan-Unternehmen einig sein sollten. Man hat sich aber nicht abgeben zu wollen, erstens man ihnen ganz klar, wenn die Sperre bis Freitag den 12. Juni nicht aufgehoben ist, dann werden jede Woche den sämtlichen thüringischen Porzellanfabriken zehn Prozent der organisierten Arbeiter entlassen und schon so lange, bis der letzte Verhandlung auf der Straße liegt. Damit ist klar, daß es sich in Thüringen um die Abgrenzung eines rechtlich geschützten Bereiches handelt. Die thüringischen Porzellan-Unternehmen sind nationalliberal bis in die Knochen. Sie haben der Partei an, welche jetzt herrscht, das Koalitions-

recht zu wahren. Wie sehr das ernst gemeint sein kann, das beweist dieses brutale Vorgehen. Wie die Dinge nun einmal liegen, dürfte die Ausperrung auch tatsächlich zur Ausführung gelangen. —

ac. Streiks in Ungarn. In Budapest sind 1100 Bäckereiarbeiter im Ausstand, während 700 Gebackenen noch arbeiten. Die Streikenden verlangen eine 20prozentige Lohnerhöhung. In etwa 120 Bäckereien wurde in den letzten Tagen nicht gebacken. — Die Streikbewegung in Preßburg nimmt in starkem Maße zu; es streiken die Gelehrten, Eisenarbeiter, Schlosser, Kesselschmiede und die Bauarbeiter. — In Dedenburg, Strahlweissenburg und Rajchau streiken die Bäckergehilfen; in letzterer Stadt auch die Maurer. —

Erster Genossenschaftstag des Gesamtverbandes deutscher Konsumvereine.

ch. Dresden, 17. Mai 1903.

Gegen 600 Vertreter deutscher Genossenschaften traten heute im großen Saale des „Arianon“ zusammen; der Saal ist reich und geschmackvoll dekoriert, bezeichnend für das Arbeiten der Genossenschaften in der Spruch, der unter anderem an den Wänden angebracht ist:

Alte nur Schritt für Schritt bergan;
Wer mit Mühe den Gipfel gewinnt,
Hat auch die Welt zu Füßen liegen!

Die Vorgänge, welche zu dem Zusammenischluß der Konsumvereine geführt haben, dürfen noch in aller Erinnerung sein: Der brutale Verwaltungsverstoß gegen 98 Konsumvereine auf dem Allgemeinen Genossenschaftstage in Kreuznach im August vorigen Jahres. Die dort Ausgesprochenen und die Vertreter zahlreicher anderer Vereine, welche sich mit ihnen solidarisch erklärten, ernannten sofort eine Kommission zur Vorbereitung eines neuen Verbandes, der nunmehr ins Leben getreten ist. Der Vorsitzende jener Kommission, zugleich Vorsitzender des Sächsischen Verbandes, Herr Madetod-Dresden, eröffnete die Versammlung um 11 Uhr. Nachdem er die Ergebenheiten mit warmen Worten besprochen hat, teilt er mit, daß die sächsische Regierung auf die ergangene Einladung hin mit ihrer Verneinung den Minister Dr. Adolt beauftragt hat, dagegen ist aus dem Reichsamt des Innern die Antwort eingegangen, daß die Lage der „Dienstgenossenschaft“ (?) dem Staatssekretär nicht gestatte, der Einladung Folge zu geben oder einen Vertreter zu entsenden.

Sehr zahlreich sind die Genossenschaften des Auslandes vertreten; England, Dänemark, Holland, Italien, die Schweiz, Österreich haben Abgesandte geschickt, die von dem Vorsitzenden herzlich willkommen geheißen werden. Mehrere derselben, Green-England, Sussoli-Italien, Danien-Kopenhagen u. a. überbringen von ihren Auftraggebern die herzlichsten Glückwünsche für das Gelingen der deutschen Genossenschaft; eine Bemerkung des dänischen Repräsentanten, welche sich gegen den Antrag richtet — es ist ein Glück für Dänemark, daß wir frei geistige Landwirte haben, die nicht wie die Deutschen wollen, daß ihre Mühseligkeiten die Lebensmittel für sich selbst zu erzeugen — erwidert den impulsiven humoristischen Beifall der Versammlung.

Wir gedenken Beifall wird aus Schluß-Verlin begrüßt, welcher 2000 organisierte Handels- und Dienstleistungen verbindet, welche dem Gedanken der genossenschaftlichen Organisation besondere Schwärze entgegenbringen. — Von Konsumvereins-Vertretern sind auf der Tagesordnung vorgetragen (der brandenburgische, mecklenburgische, rheinisch-westfälische, sächsische, süddeutsche, thüringische), deren 555 Vereine angehören; von diesen haben 490 jährliche Daten eingekandt. Danach haben sie 439 558 Mitglieder. Die in 1155 Einzelstellen bei einem Umsatz von 19 556 615 Mark einen Beitrag von 11 889 123 Mark erzielten.

Nach der Begrüßung und der Überlegungen der Gäste erklärt Herr Kaufmann-Gamburg, der Redakteur des „Sozialen“ der Genossenschafts-Verbande, zu einem Referat über den Stand der Konsumgenossenschaftsbewegung Deutschlands. Er hat für einen Überblick über die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung, der ihren Ursprung in England findet. Neben geht er die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Unterdrückung der Genossenschaft durch die Konkurrenz der Einzelhandelsbetriebe an und weist die Notwendigkeit der Einigung der Genossenschaften auf den gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrückung durch die Konkurrenz hin. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Genossenschaften zu unterstützen und zu fördern, um sie zu einer wirklichen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu machen. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Genossenschaften zu unterstützen und zu fördern, um sie zu einer wirklichen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu machen.

Der Vorsitzende erklärt die Tagesordnung. 98 Konsumvereine sind zur Teilnahme und die Genossenschafts-Verbande vertreten. — Dem werden die Verhandlungen auf Montag kommend 9 Uhr anfangen. —

(Quelle: Sozialen)

Dresden, 18. Mai.

Der General der Arbeiterbewegung hat die Gründung des Sozialen als notwendig erachtet. Danach ist der Zweck des Sozialen: die Sammlung und Organisation der deutschen Konsumvereine und die Förderung ihrer Interessen. Der Sozialen wird die Aufgabe gestellt, die Interessen der Konsumvereine zu vertreten und sie zu unterstützen. Der Sozialen wird die Aufgabe gestellt, die Interessen der Konsumvereine zu vertreten und sie zu unterstützen.

In dem Sozialen werden die Interessen der Arbeiterbewegung vertreten. Der Sozialen wird die Aufgabe gestellt, die Interessen der Arbeiterbewegung zu vertreten und sie zu unterstützen. Der Sozialen wird die Aufgabe gestellt, die Interessen der Arbeiterbewegung zu vertreten und sie zu unterstützen.

Blattes wird geändert werden in „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“. Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften und der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die Beiträge werden, wie im alten Verband, zu 15 Pf von je 1000 Mark Umsatz mit einem Minimalbeitrag von 10 Mark und einem Maximalbeitrag von 100 Mark für den Verein festgesetzt.

Madetod-Dresden schließt mit einer kurzen Ansprache die Verhandlungen: Der seit langen Jahren erstrebte Zusammenschluß der deutschen Konsum- und Produktivvereine ist geschehen, der Zentralverband gegründet. Möge der Bau Sturm und Wetter trotzen. In uns, Genossen, liegt es, das Gebäude auszubauen, vor allem aber treu zusammen zu stehen, möge kommen, was da wolle. In den englischen Genossenschaften wollen wir uns ein Beispiel nehmen.

Der Zentralverband der deutschen Konsumvereine, er lebe hoch! hoch! hoch! (Die Delegierten stimmen begeistert in das Hoch ein.) Schluß 4 1/2 Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Mai 1903.

— **Die Atelier-Gehemnisse der Ida Stappenbeck** werden noch einmal das Gericht beschäftigen. In der bekannten Privatbeleidigungsklage der Modistin Ida Stappenbeck von hier gegen unsern Genossen Mitsch wird der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Landsberg, Berufung gegen das schöffengerichtliche Urteil vom Donnerstag den 14. Mai einlegen. Die Geheimnisse des Modateliers, in welchem nach der Meinung des Schöffengerichts „eine Musterwirtschaft nicht geherrscht“ hat, werden also nochmals im vollen Umfange vor den Schranken des Landgerichts aufgerollt werden. —

— **Kamerad und Herr Kamerad.** Einen feinen Unterschied machen die teutschen Kriegervereiner in der Bezeichnung ihrer Mitglieder. Im allgemeinen heißen diese Kameraden, aber da sich jetzt in Magdeburg ein leidenschaftiger Justizrat herbeiläßt, den Kriegervereiner Vortrag zu halten, wird dieser, damit er nicht mit den „gewöhnlichen“ Mitgliedern verwechselt wird, „Herr Kamerad Justizrat Heinemann“ genannt. Dieser Herr Kamerad spricht über das völlig unpolitische Thema: „Die Aufgaben der Kriegervereine gegenüber der Sozialdemokratie, insbesondere bei den Reichstagswahlen“.

— **„Kaum“.** Ueber ein riesiges Wissen über die Wahlstatistik und die Resultate verfügt die „Magdeb. Ztg.“. Sie schreibt in Bezug auf die lustige Kandidatur Löhring im 4. Berliner Wahlkreis, daß diese „Kaum von Erfolg“ sein werde. In diesem Kreise wurden 1898 abgegeben: 45 239 sozialdemokratische und 16 539 gegnerische Stimmen. Das Kaum ist deshalb sehr auffant.

— **Eugen Richter als nationalliberaler Agitator.** In ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie (das U und D ihrer Bestrebungen) hat die „Magdeb. Ztg.“ Suffur erhalten. Sie drückt ihr einher für hässliche Lügen und Beschimpfungen Eugens vorwärtlich ab und kennt augenblicklich keinen größeren, bedeutenderen und angeseheneren Politiker mehr wie Eugen Richter. Demnach werden die Kreutz, Schiffer und Genossen den „alten Abgaler“, den sie früher nicht genug schändeln konnten, noch zum Ehrenmitglied der Partei Drehischeibe (Abteilung Magdeburg) ernennen. —

— **Den Magdeburger Mittelständlern ins Stammbuch.** Die „Kolonialwaren-Zeitung“ schreibt: Wöchten doch alle Mittelständler zu der Einsicht kommen, daß die wackeligen Versprechungen einzelner Kandidaten nicht den geringsten positiven Wert haben, sondern dahes richtiger ist, dadurch einen Druck auf die Regierung auszuüben, daß man ihre lieben Freunde, die Sozialdemokraten, jähodweise in den Reichstag schickt. Nur keinen faulen Frieden mit der Regierung, hiegen muß es oder brechen.“ Uns kann's recht sein! —

— **Nationalliberale Wählerversammlungen** sollen in Magdeburg stattfinden: am 25. Mai in der Sudenburg, am 5. Juni (nach der Pfingstpause) in Buckau, am 8. Juni in der Neustadt, am 10. Juni in der Wilhelmstadt, am 12. Juni in der Altstadt (im „Fürstenhof“). Hoffentlich beehren die Herren der Magdaburger der nationalliberalen Wähler die meisten Nachrichten, wonach man gerade in nationalliberalen Versammlungen vollständige Redefreiheit auch für Gegner zulassen sollte.

Anschließend an diese Mitteilung schreibt Herr Arendts Leitorgan: „Es macht sich in allen Stadtteilen eine sehr lebhaftige Stimmung für die Beteiligung an der Wahl geltend.“

„An der Wahl!“ Herr. Der Kandidat Arendts ist aber damit noch nicht geholfen. —

— **Eine katholische Versammlung** findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr im „Fürstehof“ statt. Der Eintritt ist nur gegen Karten gestattet. Vermutlich wird dort ein Zentrumskandidat für Magdeburg aufgestellt werden. Im Jahre 1898 erhielt der Kandidat der schwarzen Garde hier 549 Stimmen. —

— **Achtung, Fabrikarbeiter!** Der Streik der Arbeiter in der Kührmeyerischen Dachpappenfabrik dauert ununterbrochen fort. Die ausgebreiteten Gerüchte, wonach die Arbeiter den Kampf durch ihr Verhalten provoziert haben sollen, sind unmaß und auf das Klarheitsbedürfnis gewisser Leute zurückzuführen, die kesser darauf setzen, sich nicht in Angelegenheiten zu mischen, von denen sie nichts verstehen.

— **Versammlung der Gewerbegerichts-Beisitzer.** Infolge des außerordentlich schlechten Besuchs entschwand sich eine kurze Debatte und wird der Vorsitzende beauftragt, die fehlenden Beisitzer laut Beisatz zu veröffentlichen. (Siehe unten.) Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Verband.

werbegerichtete Deutjlands, wird beschloffen, denselben zu beschicken. Durch Vermittlung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts soll der Magistrat ersucht werden, die Kosten der Delegation von zwei Beisitzern zu übernehmen. Als Delegierte werden **Bernicke** und **Keil** gewählt, als Ersatzmann **Kellner**. Bei der Diskussion der Tagesordnung des Verbandstages, welcher am 11. und 12. September in Dresden stattfindet, wird beschloffen, den Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu ersuchen, eine Gesamtsitzung der Beisitzer einzuberufen, in welcher über folgenden Antrag verhandelt werden soll:

Der vom Bundesrat vorliegende Gesetzentwurf betr. die Kaufmannsgerichte steht den Anschließern dieser Gerichte an die Gewerbegerichte vor. Das Gewerbegericht beantragt auf Grund des § 75 Abs. 2 des G.-G.-G. diesem Gesetzentwurf die Zustimmung zu erteilen und die Petitionen, die den Anschließern an die Amtsgerichte vorgelegt sind, abzulehnen. Das Gewerbegericht spricht es als seine Meinung aus, daß insbesondere das erforderliche Maß von Beschleunigung bei dem Anschluß an die Amtsgerichte auch nicht annähernd zu erreichen ist.

Nach Annahme der Resolution soll dieselbe an den Reichstag und Bundesrat eingereicht werden. Unter Punkt 2 der Tagesordnung werden einige Urteile besprochen, welche in der letzten Zeit vom hiesigen Gewerbegericht gefällt sind. Zur endgültigen Klarstellung des Urteils in der Klage der Firma **Aders** gegen die Kupferschmiede **Stellfeld** und **Weer** werden die Beisitzer, die diese Sache mit verhandelt haben, ersucht, in der nächsten Versammlung zu erscheinen.

Es fehlten unentschuldig: **Herwig**, **Gorgas**, **Bachmann**, **Kabelitz**, **Lehmann**, **Winter**, **Noof**, **Pulmer**, **Lehmann**, **Arndt**, **Kuhse**, **Schleue**, **Büsch**, **Mahn**, **Gabner**, **Flügel**, **Reising**, **Regas**, **Sansleben**, **Bieweg**, **Diekel**, **Herz**, **Mischke**, **D. Hoffmann**, **Lagauke**, **Hohmeier**, **Sah**, **Buhro**, **Andree**, **Thiem**. Anwesend waren 24 Beisitzer. Entschuldigt fehlten 6. 30 Arbeiter-Beisitzer, also die Hälfte, glänzte durch Abwesenheit. Dieses wurde scharf gerügt und werden die Gewerkschaften ersucht, die Säumnigen zur Rechenschaft zu ziehen.

Polizeiliche Wohnungsverbesserung und Hausbesitzer-Haftung. Ueber eine interessante Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht, in welcher die hiesige Polizei einen gütlichen Erfolg erzielt, wird uns von unserem w-Korrespondenten geschrieben:

Die hiesige Hauptpolizei-Verwaltung von Magdeburg erließ im März 1901 an den Maurermeister **Radisch** als dem Besitzer des Hauses **Bräutigamweg 102** eine Verfügung, durch die eine Strafe gegen ihn festgesetzt wurde, weil er einer schon vor Jahren ergangenen Verfügung zuwider Räume des **Zwischengeschosses** seines Hauses, die nicht zum dauernden Aufenthalt für Menschen geeignet seien, als Wohn- beziehungsweise Schlafräume habe benutzen lassen. Ferner wurde ihm aufgegeben, diese Räume sowie eine unter dem Hofe sich befindliche Küche nicht mehr zum dauernden Aufenthalt von Menschen benutzen zu lassen und den Feuerherd in dem Küchenraum zu beseitigen. **Radisch** sucht die Verfügung durch Beschwerde beim Regierungspräsidenten an und beschwerte sich nach Verwerfung derselben weiter beim Oberpräsidenten. Auch dieser wies ihn ab, worauf R. beim Oberverwaltungsgericht klagte. Er machte geltend:

Er habe niemand gestört, das Zwischengeschoss zum Wohnen oder Schlafen zu benutzen. Wenn trotzdem der Gastwirt **Darnehl** mit seiner Familie und ein Geschäftsführer dies getan hätten, dann sei das, wie die Mietsverträge schon erkennen ließen, gegen seine Willen geschehen. Was die Benutzung des unterstellten Hofes als Küche angeht, so sei dagegen von den residierenden Beamten während einer ganzen Reihe von Jahren absolut nichts eingewandt worden, ebensowenig gegen die Feuerherdeinrichtung, obwohl diese bei Erteilung der Bauerlaubnis nicht ausdrücklich genehmigt worden sei. Ueberhaupt habe man polizeilich seit bis zum Erlaß der neuen Bauordnung von 1893 kleinere Küchen nicht zu den zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen gerechnet. Deshalb könnte jetzt nicht die Beseitigung der schon länger bestehenden Küchen-einrichtung gefordert und die Benutzung des Raumes als Küche verboten werden.

Der beklagte Oberpräsident beantragte Abweisung der Klage und beschränkte sich unter anderem auch auf eine Aussage des Gastwirts **Darnehl**, wonach **Radisch** ihm ausdrücklich mündlich gestattet haben soll, drei Räume des Zwischengeschosses zum Wohnen und Schlafen zu benutzen. Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage ab. Die Polizei sei durchaus berechtigt gewesen, unter Androhung einer Strafe dem Kläger zu untersagen, die Räume des Zwischengeschosses zum Wohnen und Schlafen benutzen zu lassen, denn wiederholt habe die Polizei gefunden, daß die Räume benutzt wurden. Möge R. in die Mietsverträge hineingeschrieben haben was er wolle, jedenfalls habe er nicht genügende Anstalten getroffen, das Wohnen dieser Räume zu verhindern. Wenn sich wieder ergebe, daß er es nicht verhindern habe, dann müßte von neuem eine Strafe festgesetzt werden. Und die Küche unter dem Hof sei absolut unzulässig, sie entbehre nach ihrer ganzen Lage jeder Aufsicht und Lüftung, so daß ihre Benutzung als Küche, d. h. als zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienender Raum, nicht gestattet werden könne.

Es ist nur zu begrüßen, daß die Polizei gegen diese Hausbesitzer vorgeht. Das Wohl und die Gesundheit der Bewohner geht dann doch über den Profit der Vermieter von unwürdigen Wohnungen. Besonders ist hervorzuheben, daß auch das Oberverwaltungsgericht sich auf diesen Standpunkt stellt.

Sonderzüge nach Hamburg. Am Sonnabend den 30. Mai, am 4. und 15. Juli sowie am 15. August fahren Sonderzüge nach Hamburg mit Anschluß nach Kiel, Glücksburg, Cuxhaven, Helgoland und den Nordseebädern. Die Fahrkarten-Ausgabe zu dem ersten genannten Zuge findet in Magdeburg bei der Ausgabestelle für zusammenstellbare Fahrkarteinhalte, Hauptbahnhof, von 8—12 und von 3—7 Uhr statt und zwar nur zwischen dem 24. und 28. Mai! Abfahrt von Köthen 12.22 Uhr nachmittags, **Schönebeck** 12.58, **Magdeburg** 1.26, **Stendal** 2.32, **Salzwedel** 3.43, an **Hamburg** (Hauptbahnhof) 6.59 Uhr abends. Weitere Sonderzüge nach Hamburg mit Anschluß nach obigen Stationen und nach **Borkum**, **Norderney**, **Jüist**, **Wyk a. Föhr**, **Amrum**, **Büsum** und **Lalok a. Nörm** werden am 4. Juli, 15. Juli und 15. August gefahren.

Zur beginnenden Badezeit macht das Polizei-Präsidium bekannt, daß in Polizeibezirk Magdeburg das Baden in der Elbe außerhalb der Badeanstalten verboten ist.

Herr Stadtverordneter Görnemann schickt uns folgende Berichtigung:

In den Nummern 113 und 114 Ihres geschätzten Blattes wird aus den Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung vom 14. Mai er. mitgeteilt, daß der Stadtverordnete **Görnemann** die Sonntagsarbeit im Kleinhandel statt von 11 bis 2 Uhr, von 8 bis 12 Uhr erlaube, statt einer 3stündigen also eine 4stündige Sonntagsarbeit zulassen wolle und daß die Genossen den Ausschlag dahin gegeben haben, daß dieser Antrag, welcher eine Verschlechterung der Vorlage darstelle, gefallen ist.

Meine Anträge lauteten:

- 1 a) Für Kontore Arbeitszeit 7—9 oder 11—1 Uhr.
- b) Bei mehr wie ein Mann Personal jeden zweiten Sonntag frei.
- c) Jeden ersten hohen Festtag frei.
- 2 a) Für den Kleinbetrieb der Nahrungsmittel- usw. Branche Sonntags durchgehende Beschäftigung von 8—12 Uhr, oder, falls dies abgelehnt wird, Beschäftigung von 7—9 Uhr und von 11 bis 1 Uhr, also 4 Stunden in Summa.
- b) Jeden ersten hohen Festtag frei.

Selbstredend wäre mit der Durchbringung des Antrages zu 2a auch die Beschäftigungszeit für den übrigen Kleinbetrieb bis 1 Uhr, also nur 2 Stunden erreicht worden. Sämtliche Anträge enthalten gegenüber der Magistratsvorlage wertvolle Verbesserungen.

Es ist tief bedauerlich, daß durch die Abstimmung der Genossen der Antrag zu 2a abgelehnt worden ist. Ich kann dies nur auf ein Mißverständnis derselben zurückführen, da jetzt ja die 4stündige Arbeitszeit im Kleinbetrieb der Lebensmittelbranche bestehen bleibt.

Ich bitte um Aufnahme dieser meiner Erklärung, damit in Ihrem wertvollen Blatte keine irrtümliche Auffassung über meine humanitären Bestrebungen Platz greift.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Mag. **Görnemann**.

Wir zweifeln nicht daran, daß Herr Stadtv. **Görnemann** seinen Antrag gut gemeint hat, was schon daraus hervorgeht, daß er nach Ablehnung seines Vortrages für die Anträge unserer Genossen gestimmt hat; leider blieben unsere Genossen mit Herrn **Görnemann** bei letzterer Abstimmung in der Minderheit.

Herr **Görnemann** hat seinen Antrag falsch formuliert, so daß durch Annahme desselben das Gegenteil von dem erzielt worden wäre, was der Antragsteller wollte. Der Antrag **Görnemann** befindet sich in der Drucksache der Stadtverordneten-Versammlung Nr. 112 Seite 1.

Dort heißt es wörtlich: „In § 1 Nr. 2 des Magistrats-Entwurfs. Antrag 2a des Herrn **Görnemann**: ununterbrochene 4stündige Arbeitszeit von 8—12 Uhr.“

§ 1 Nr. 2 des Magistratsentwurfs besagt:

Im Kleinhandel (also ganz allgemein, nicht in bestimmten Branchen) dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nur beschäftigt werden während dreier Stunden, und zwar von 11—2 Uhr nachmittags.

Wäre nach dem Antrag **Görnemann** an Stelle der gesperrten Worte gesetzt worden: „während einer ununterbrochenen vierstündigen Arbeitszeit von 8—12 Uhr“, so wäre statt einer dreistündigen eine vierstündige Arbeitszeit zulässig gewesen.

Nur gegen diesen Antrag des Herrn **Görnemann** hatten wir uns gewandt; mit den anderen, besser formulierten Anregungen des Herrn **Görnemann**, die unsere Anschauungen entsprachen, waren wir einverstanden.

Ungehöriger Anflug trotz der Polizei. In der Nacht zum Montag in der Zeit von 1 1/2 bis 2 Uhr ist die Feuerwehr nicht weniger als viermal von unbefugter Hand alarmiert worden, und zwar nach dem Kaiser-Otto-Ring, nach Lüneburgerstraße 15, Dranienstraße 7 und Bahnhofsstraße 37. Danach scheint es fast, als ob jetzt schon mehrere Personen sich an diesem Trebel beteiligten. Da es tatsächlich im öffentlichen Interesse liegt, so erinnern wir daran, daß für die Entdeckung des Täters 50 Mark Belohnung ausgesetzt sind. Die Kriminalpolizei hat, da sie aus eigener Kraft die Suben nicht zu entdecken vermag, sich bereit erklärt, jede Mitteilung, die geeignet ist, den Täter zu ermitteln, „entgegenzunehmen“. Woffer wäre es freilich, die Polizei suchte die Herrschaften selbst zu entdecken!

Einen schweren Unfall erlitt am Montag mittag auf dem Gütershuppen des Hauptbahnhofs der Hilfsabenteurer **Hoffmann**. Beim Ansladen einer schweren Maschine kippte dieselbe um und begrub **Hoffmann** unter sich. Er, der einen schweren Beinbruch, sowie arge Verletzungen an der einen Hand erlitt, wurde per Droschke nach dem allstädtischen Krankenhaus gebracht.

Zum Unfall des Dachdeckersmeister Gustav Thierich, der am Montag vormittag vom Dach der Remädier katholischen Kirche abstürzte, wird uns mitgeteilt, daß sich die Leiche des Vermissten in seiner Wohnung, Charlottenstraße 16, I, befindet. Voraussetzlich wird von dort aus auch die Beerdigung stattfinden.

Festgenommen wurde am Montag abend gegen 7 Uhr an der Reiberbrücke auf dem Rotehorn ein junger Mann und eine Frauensperson, die durch begangene Unthatigkeiten Mergernis erragt hatten. Die beiden Verbrechenden wurden unter starker Eskorte nach der Revierwache auf dem Werder gebracht.

Ein jugendlicher Langfinger wurde in der Person eines 12jährigen Knaben am Montag nachmittag gegen 5 Uhr an der Alten Elbe festgenommen. Der Bürsche, der sich im Besitz einer größeren Geldsumme, allerhand Kur-artikeln und Nähmaschinen befand, erregte hierdurch Verdacht. Bei seinem Verhör stellte sich heraus, daß das Fräulein seinen Eltern ein Sparfassenbuch entwendet und darauf einen größeren Betrag abgehoben hatte.

Einen überraschenden Fang machte gestern vormittag zur Abwechslung einmal die hiesige Kriminalpolizei. Es gelang ihr, eine jugendliche Einbrecherbande bei frischer Tat zu ertappen. Die Mitglieder derselben — fünf Schulknaben, von denen drei das strammündige Alter überhaupt noch nicht erreicht haben — „arbeiten“ bereits mit vollendetem Raffinement und betreiben als Spezialität während der letzten Monate wiederholt Einbrüche in Wein-teller, Plünderung von Automaten sowie Diebstahl von

Tauben und Singvögeln. Die hoffnungsvollen Bürschchen sind geständig und räumen bereits ein, unter anderem nicht weniger als 12 Brieftauben und 28 Kanarienvögel (!) erbeutet und verkauft zu haben.

Berichtswunden ist seit Sonntag die kleine Tochter des Maurers **Nich. Theis** in der Schöningerstraße 617. Das vierjährige Mädchen war mit einem schwarz- und rot-farbierten Kleide bekleidet.

Das Kuratorium für volkstümliche Vorlesungen hielt am Sonnabend nachmittag eine längere Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtschulraths Herrn Dr. Franke ab. Derselbe gab zunächst einen Bericht über die im letzten Winter abgehaltenen 13 Vorträge, die durchweg einen guten Verlauf und ein aufmerksames Publikum aufzuweisen hatten. Im Durchschnitt waren 300 Personen und mehr anwesend. Damit darf der Zweck der Vorlesungen als erfüllt angesehen werden. An Kosten sind insgesamt 700 Mark entstanden, so daß von den zur Verfügung stehenden 1000 Mark noch 210 Mark erspart worden sind. Herr Stadtrat **Drenckmann** ist an Stelle des Oberbürgermeisters **Schneider** dem Kuratorium beigetreten. An Stelle des von hier bezogenen Redakteurs Genossen **H. Schulz** wurde der Gewerkschafts-Sekretär Genosse **H. Weims** gewählt. Eingehend diskutiert wurde über die Art und das Genre der im nächsten Winter abzuhaltenden Vorträge. Beschlossen wurde, neben den Einzelvorträgen auch den Versuch mit Vortragszyklen — zirkel drei Abende umfassend — zu machen. Hierfür soll eine Einschreibgebühr von 50 Pfennig erhoben werden.

Der Magdeburger Naturheilverein „Frischluft“ veranstaltet am Himmelfahrtstage, nachmittags von 3 Uhr an, eine öffentliche Beschäftigung seines in der Schillstraße und der Höpstedelbeckenstraße in der Landenkolonie des Herrn Fischer gelegenen, wiederum erweiterten Luft-, Licht- und Sonnenbades verbunden mit einem Kinderfest.

Wählerlisten.

Jeder Staatsbürger, dem sein Wahlrecht lieb ist, sehe in der Liste nach, ob sein Name darin verzeichnet ist. Die Listen liegen außer in den schon mitgeteilten Orten aus:

Zu Wiederitz
bei Heinrich Kortsche;
in Seyrothberge
bei Otto Wähler;
in Harleben
in Schraders Lokal;
in Vennekeuback
im Gemeindebureau.

Provinz und Umgebung.

Harleben, 19. Mai. (Der Arm des Gesetzes) reicht also doch bis nach Harleben. In letzter Minute noch ist seitens des Gemeindevorstandes unser Genosse die Abwahl des Wählers **L. H. H. H.** gestoppt worden. Vorher hatte man dies, wie mitgeteilt, unter Hinweis auf ein „amtliches Rundschreiben“ abgelehnt. Wer hat — um diese Frage kommen die maßgebenden Stellen hier nicht herum — nun das Rundschreiben erlassen? U. U. w. g.

Harleben, 19. Mai. (Wählerversammlung.) Wir machen hiermit auf die am Himmelfahrtstage, nachmittags 3 Uhr, auf dem Hofe des Genossen **Hermann Schmidt** stattfindende Versammlung aufmerksam, in der Genosse **Marxwald**, Chefredakteur der „Volkstimme“, und unser Reichstagskandidat Genosse **R. Nitzsch** sprechen wird. Sorge ein jeder dafür, daß die Versammlung eine imposante wird. Da sich die Wirte noch immer weigern, ihre Säle uns zur Verfügung zu stellen, sind wir gezwungen, unsere Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Die Versammlung muß gleichzeitig eine Demonstration gegen das Verhalten der Wirte werden. Die Genossen der umliegenden Ortschaften, wie Dahlenwärsleben, Weizendorf, Chendorf, Wolmirstedt, Eiben und Nohlfenke werden ersucht, hieran teilzunehmen und sammeln sich nachmittags 2 Uhr bei **Schrader**, „Zur goldenen Angel“ und gehen dann gemeinschaftlich zur Versammlung. Herr **Schlag**, der bisherige Vertreter, ist brieflich hierzu eingeladen.

Deßau, 19. Mai. (Berenüftiger Beschluß.) Im Landtag sollte der Abg. **Kr. K.** bei der Beratung über die Abänderung des Einkommensteuergesetzes folgende Resolution: „Der Landtag wolle beschließen, die herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, bei der in Aussicht stehenden Revision der Steuergerichte in Vorschlag zu bringen, die für die Beamten bestehenden Vergünstigungen bezüglich der Kommunalsteuer wegzulassen.“ Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Nannenburg, 18. Mai. (Der wahrheitsliebende Oberbürgermeister.) Als Ende Januar Genosse **Weisheit** die Hergebe der „Reichskrone“ zu einer sozialdemokratischen Wählerversammlung verlangte, erhielt er vom Oberbürgermeister Kraas folgende Schreiben: „Auf das Schreiben vom 30. v. M. erwidern wir Ihnen ergebend, daß die der Stadt gekündigte Lokale **verträglich** nicht zu Verhandlungen der Sozialdemokraten und zu Vorträgen in dieser Richtung hergegeben werden dürfen. Hieron abzugehen liegt keine Verantwortung.“

Als darauf unsere Genossen sich an die Stadtverordneten wendeten, um eine Aufhebung der „verträglich“ Bestimmung zu erzielen, wurde die Sache durch die Rechts-Kommission geprüft, und es erging schließ-lich folgende Antwort:

Auf die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtete Eingabe vom 27. v. M. erwidern wir dem Sozialdemokratischen Vereine ergebend, daß die Stadtverordneten-Versammlung unterm 23. April 1903 beschloffen hat, daß, da eine Klausel wegen Beschränkung der Benutzung des Reichskronensaales in dem Mietvertrage mit dem Mieter der „Reichskrone“ nicht enthalten ist, sie keinen Anlaß hat, zu der Eingabe vom 27. März 1903 Stellung zu nehmen.

Wie kommt dieser Herr dazu, von einer „verträglich“ Bestimmung zu reden, die überhaupt nicht existiert?

Nannenburg, 19. Mai. (Der bizantinische Magistrat.) Hier war aus irgend welchen preußischen Gründen einem Stadtrat die Bestätigung verweigert worden. Veranlassung zu dieser unheilvollen Angelegenheit soll das alzu kriecherische u. u. Verhalten des Magistrats bei der Berichterstattung an die Regierung gewesen sein. Darüber ist es jetzt zum Kraas gekommen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung nämlich mitgeteilt, daß ebenj so wie der Bezirksausschuß auch der Magistrat des Jahres die Bestätigung der Wahl des Stadtverordneten **J. J. J.** zum unbedingten Stadtrat abgelehnt habe. Die Stadtverordneten schienen anzunehmen, daß der Magistrat durch die Art seiner Berichterstattung über die Wahl die Wahlung veranlaßt habe, denn sie billigten einstimmig eine von der **Wahlkommission**, die gleichzeitig ihr Mandat niederlegte, vorgeschlagene Resolution, in der es heißt: „Die Kommission erblickt in der Zusammenlegung des Magistrats nicht eine repräsentative Organisationsmaßnahme, sondern nur einen zielbewußten Arbeitsauschuß für das Wohl unserer Stadt; sie bringt daher die schärfste Mißbilligung zu dem Vorgehen des Magistrats hiermit zum Ausdruck, da dieses nur geeignet ist, arbeitsfreudige Mitglieder in ihrer Ehre zu kränken und die Mitwirkung an der Selbstverwaltung zu beeinträchtigen.“ Der Wahl-Ausschuß wurde wiedergewählt.

Schönebeck, 19. Mai. (Sozialdemokratische Wähler-Versammlung.) Am Himmelfahrtstage den 21. Mai findet im „Stadtspark“ eine große Volksver-

Sammlung hat, in welcher der Reichstagsabgeordnete Fritz Jubel-Verlin über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird.

Stahlfurt, 18. Mai. (In der Sitzung des Gewerkschaftsartikels) am Freitag schloß ohne Entschuldigung von den Dachdeckern beide Delegierte, von den Bergarbeitern, Hütten-, Kupfer- und Eisen-, mit Entschuldigung von den Holzarbeitern ein Delegierter. Zunächst wurde berichtet über die von Erfolg gekrönten Einigungsverhandlungen mit den Bergarbeitern am 19. April. Sodann erörterte der Kassierer Bericht über die Kassierverhältnisse im I. Quartal. Hierbei wird berichtet, daß einige Gewerkschaften es für möglich halten, die Beiträge erst zu zahlen, wenn das Quartal abgelaufen ist. Dem Kassierer wird Decharge erteilt. Weiter folgt der Kassierbericht über das Material. Eimer Entnahme von 248,60 Mark steht eine Ausgabe von 207,30 Mark gegenüber, die sich noch um circa 15 Mark erhöhen wird. Dem Kassierer wird Decharge erteilt. Als Kassierer wird, da Kollege Scheinig aus dem Gewerkschaftsartikel ausgeschieden ist, der Kollege Robert Lange gewählt. Weiter wurde beschlossen, auf das Reichsarbeitsblatt zu abonnieren. Nächste Sitzung am 5. Juni.

Stahlfurt, 18. Mai. (Unternehmergewinn.) Die deutschen Goldwerke in Bernburg haben im letzten Geschäftsjahr einen Reinertrag von 6.227.649 Mark erzielt, bei einem Umlaufvermögen von 10 Millionen Mark, das sich 62,7 Prozent Dividende. Wenn der Leiter der Werke, Kommerzienrat Wessel, so viel Profit aus dem Knochen der Arbeiter herauszuwinden versteht, ist er natürlich auch der geeignete Mann, den zweiten aufhaltigen Wahlkreis im Reichstag zu vertreten.

(In Leopoldshall) ist die Scharlach-Epidemie so weit erloschen, daß am Montag der Schulunterricht wieder beginnen konnte.

Zeit, 18. Mai. (Vier Sozialisten auf der Pfingsttagbank.) In den nächsten Wochen finden vor dem hiesigen Schöffengericht drei Verhandlungen statt, in denen Parteigenossen für zu verantworten haben. Zuerst ist Genosse Däumig-Halle, Redakteur des „Volksklubs“, angeklagt, weil durch einen Bericht des hiesigen Gewerkschaftsartikels ein Werkmeister der Papierfabrik sich beleidigt fühlte. Weiter sind angeklagt die Genossen Krüger-Halle und Leune-Argüßian, in Argentin eine nicht angemeldete Versammlung abgehalten zu haben. Und endlich kommt am 25. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, Genosse Thiele-Halle vor die Schranken wegen der kalenders-Berichterstattung aus dem Jahre 1901. Ueber den Ausgang der Prozesse werden wir berichten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Montag fiel der Arbeiter M. in Schönebeck beim Steigergelagen in die Erde und erkrankte. — Montag gegen Abend brannte auf dem der Firma A. u. S. Alfenberg gehörenden, in G. u. S. Salze in der Chausseestraße gelegenen Gussboiler der Fabrik aus. Nicht ist mehr verbrannt. Es wird Brandversicherung gemacht. — Auf dem Bergwerk Thiedershall (Steinbrüche) ereignete sich ein Unglück. Der mit der Fahrung der Fördermaschine betraute Schichtmeister betrug den hohen Förderwagen um die großen Räder zu unterfahren und zu fassen. Dabei kam er dem Förderwagen, die über die Räder liefen, zu nahe, wurde gefaßt und von dem Drehstuhl über das Rad gezogen. Schwere Verletzungen wurden zugefügt und sofort getötet. — Der Kommerzienrat Dr. aus G. u. S. von der 5. Abteilung des Landrats-Büros Nr. 4, hat sich insofern wiederholt erhaltene Mitteilungen seit Jahresbeginn weniger als seinem Amtswortern erwidert. Man nimmt an, daß er seinen Lebens durch Selbstmord ein Ende gemacht hat. So erfordert das schreckliche Verbrechen ganzer Bekanntheit der Polizei um Polizei!

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 18. Mai 1903.

Ueberrückung. Der Dreifachhändler Karl Weiskopf hier erhielt wegen Ueberrückung der Straßenpolizei-Berechnung unter Verschönerung der Verrechnungen 50 Mark Geldstrafe.

Untreue und Unterschlagung. Der Geschäftsführende Friedrich Heijener hier, geboren 1883, war vom 1. April 1901 bis zum 15. November 1902 in Stellung bei dem Zeilenhändler Dreiermann zu Pöthen und unterschlug

von den Geldern, die er während dieser Zeit und auch noch nach seiner Entlassung in betrügerischer Weise von den Kunden einholte, fortgesetzt Beträge, im ganzen etwa 2300 Mark. Vom 15. Januar d. J. ab wurde Heijener von einer hiesigen Firma beschäftigt und zog auch hier Außenstände ein, wovon er im März und April zusammen 150,50 Mark für sich behielt. Der Angeklagte wurde wegen Untreue im Verein mit Unterschlagung und wegen Betrugs zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein verhängnisvoller Irrtum. Die Knechte Gustav Schulze, Johann Skorzek, Walter Brunwald, Gustav Flebbe und Hermann Draxewski zu Vottmersdorf verfolgten am 25. März d. J. abends einen Mann, der ein Mädchen belästigt hatte, griffen aber irrtümlich den ganz unbeteiligten Stellmacher Jahn und schlugen ihn mit Stöcken. Die Kammer erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf je 2 Monate Gefängnis.

Die eigene Mutter bestohlen. Die vorbejrauten Arbeiter Paul Schmidt und Wilhelm Schmidt, geboren 1883, zu Burg, sind wegen gemeinschaftlichen Diebstahls angeklagt. Paul Schmidt ließ seiner Mutter am 3. März d. J. durch Wilhelm Schmidt bestellen, sie möchte gleich einmal zur Frau Wisse kommen. Als sie gegangen war, berrat Paul Schmidt die elterliche Wohnung und stahl aus dem Schrank ein Sparfüßchen über 190,16 Mark, wovon er 80 Mark abgab. Ihn traf wegen Diebstahls 4 Monate, Wilhelm Schmidt wegen Beihilfe zusätzlich 2 Monate Gefängnis.

Diebstahl. Der Knecht Franz Piotrowski zu Badeloben, geboren 1881, stahl in der Nacht zum 12. März d. J. aus dem Garten eines Arbeiters mehrere Wäschestücke von der Leine und erhielt deswegen 3 Tage Gefängnis.

Bermischte Nachrichten.

* Eine Erleichterung bei der Erhebung der Platzkartengebühr für die Benutzung von D-Zügen bei der Abfahrt der Minister der öffentlichen Arbeiten einzuführen. Beim Übergang von einem D-Zug auf einen andern wird jetzt für jeden der beiden Züge eine besondere Gebühr für die Platzkarte erhoben. Der Minister hat die Eisenbahndirektionen zur Klärung über die Frage veranlaßt, ob der Übergang in anschließende D-Züge gegen einmalige Platzkartengebühr zugelassen sei. Die Eisenbahndirektionen haben in der Mehrzahl keine wesentlichen Bedenken geäußert, sofern der Übergang auf demselben Bahnhof erfolgt, auf dem der vorher benutzte D-Zug verlassen worden ist. Da sich auch die deutschen Bundesregierungen für die ihnen unterstellten Staatsbahnen mit dieser Erleichterung grundsätzlich einverstanden erklärt haben, so soll ein Antrag auf einheitliche Regelung der Angelegenheit im deutschen Eisenbahn-Verkehrsverband gestellt werden. Es ist hierbei die Berechnung der Platzkartengebühr auf die verschiedenen Verwaltungen zu ordnen.

* Lebertranmangel. In der Kinderei wird die Nachricht Runde erregt, es herrsche ein Mangel an Lebertran. Nach den im Reichsanwalt des Innern zusammengefaßten Nachrichten für Handel und Industrie herrscht im Inland ein Mangel an Lebertran. In den meisten in diesem Jahre eingekauft wurde wegen der geringen Verwertung des Marktes mit Lebertran. Es scheint, als werde im kommenden Winter bei weitem nicht genügend Ware guter Qualität

zur Deckung des notwendigen Bedarfs vorhanden sein, ohne daß die Zukunft mit Sicherheit eine Besserung dieser Situation in Aussicht stellt. Schon im letzten Jahre hat der Stoffmangel an der norwegischen Küste ein unbefriedigendes Resultat geliefert, da die gefangenen Fische so magere Lebern hatten, daß sie wenig Del liefern. In keiner Saison lauteten bisher jedoch die Fänge-meldungen so ungünstig wie dieses Mal, denn bis zum 30. März belief sich die Ausbeute im wichtigsten, das beste Del liefernden Lofoten-Distrikt, nur auf 552 Hektoliter Lebertran, wogegen zur gleichen Zeit des vorigen Jahres bereits ein frischer Vorrat von 7765 Hektoliter vorhanden war. Für die vorhergehenden Jahre stellte sich das Resultat bis zum 30. März: 1901 auf 12.050, 1900 auf 7967 und 1899 sogar auf 14.219 Hektoliter. Die Gesamtproduktion aller Fischereidistrikte betrug bis zum 30. März d. J. nur 1421 Hektoliter gegen 15.222 vor einem Jahre. In allen Hauptplätzen der Vereinigten Staaten sollen die Vorräte von norwegischen Lebertran so gut wie geräumt sein. Im minderwertigen Del ist das Angebot reichlicher, aber gute Qualitäten sind so knapp, daß ihre Preise in diesem Jahre um 100 Prozent gestiegen sind. In letzter Zeit sind Preisbewilligungen für norwegischen Lebertran bis zu 122 Dollar pro Faß bekannt geworden, während der Artikel noch im Januar nur 55 bis 58 Dollar brachte und im September v. J. nur 40 bis 41 Dollar kostete. Noch nie zuvor hat Lebertran in der Union in so hohem Preise gestanden und nur der Umstand, daß die wärmere Jahreszeit, in welcher der Konsum geringer ist, herannahet, dürfte einer weiteren Preissteigerung einwirken ein Ziel setzen.

Bereine und Versammlungen.

Stellmacher. Die zum Sonntag den 16. Mai nach dem „Bürgerhaus“ einberufene Sektionsversammlung der „Stellmacher“ hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. An den Vortrag „Wie ist die Stellung unserer Lage zu bewahren“ knüpfte sich eine sehr lebhaft debattierte. Allgemein wurde der Gedanke vertreten, daß die Bezahlung der Magdeburger Stellmacher-gesellen eine misérable ist; aus diesem Grunde wurde es einem jeden einzelnen Kollegen zur Pflicht gemacht, bis zur nächsten Versammlung alle Hebel anzulegen, um die uns noch fernstehenden Kollegen zur Organisation heranzuziehen, damit wir möglichst in diesem Sommer noch mit einer Lohnforderung an unsere Arbeitgeber herantreten können. Lebhafteste Entrüstung rief die Bekanntgabe hervor, daß der Stellmachereinsteiger Schubert in Sudenburg, Umbrofsplatz, seine Weisen noch in Kost und Logis hat. Waren in dieser Versammlung schon 12 Werstellen vertreten, so wird uns hoffentlich die nächste Versammlung das Doppelte bringen; mit diesem Wunsch schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bereins-Kalender.

Magdeburg. Radf.-Verein, Abt. „Einigkeit“, Wilhelmstadt. Jeden Mittwoch Zusammenkunft im „Luitjenpark“. — 466
Freie Turnerschaft, Burg. Donnerstag den 21. Mai, früh 5 Uhr Turnmarsch. 11 Uhr Feier des 10jährigen Bestehens des Arbeiter-Turnerbundes. — 29

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

| | 16. Mai | + 0,26 | 17. " | + 0,20 | 0,06 | — |
|---------------|---------|--------|-------|--------|------|------|
| Barduhig | | | | | | |
| Brandeis | | + 0,60 | | + 0,48 | 0,12 | — |
| Melk | | + 0,14 | | + 0,08 | 0,06 | — |
| Geitmeritz | | + 0,10 | | + 0,03 | 0,07 | — |
| Rußig | | | 18. " | + 0,32 | | — |
| Dresden | | - 0,90 | | - 1,06 | 0,07 | — |
| Torgau | | + 1,24 | | + 1,18 | 0,06 | — |
| Wittenberg | | | | + 2,04 | | — |
| Hoflau | | + 1,69 | | + 1,59 | 0,10 | — |
| Harby | | + 2,10 | | + 2,14 | | 0,04 |
| Schönebeck | | | | + 1,75 | 0,11 | — |
| Magdeburg | 18. " | + 1,78 | 19. " | + 1,70 | 0,08 | — |
| Tangermünde | 17. " | | 18. " | + 2,79 | | — |
| Wittenberge | | + 1,49 | | + 1,36 | 0,13 | — |
| Domitz, Pegel | | + 1,89 | | + 1,90 | | 0,01 |
| Bauenbürg | | + 1,84 | | + 1,86 | | 0,02 |

Leih-Haus
M. Korn
Franziskanerstraße Nr. 3a
Geld 3165
für alle Wertgegenstände.

Todes-Anzeige.
Wegen eines Unfalles am 9. Mai verstorben Herr Gust. Thiersch im Alter von 55 Jahren.
Der Herr hat hinterlassen eine Frau und zwei Kinder.
Die Beerdigung wird am Montag den 19. Mai um 10 Uhr im Friedhof zu Pöthen stattfinden.

Standesamt.
Magdeburg, 18. Mai.
Geburten: Johann Carl Thiersch, Sohn von Gust. Thiersch und Marie Thiersch, geboren am 18. Mai 1903, 10 1/2 Uhr.

Geburten: S. des Buchbinders Karl Sommer, S. des Zigarrenfabrikanten August Heilmann, S. des Schlossers Ernst Ehrhardt, S. des Schlossers Ernst Müller, S. des Schlossers Wilhelm Gröhn, S. des Malers Karl Wolff, S. des Schiffsbauers Eugen Stücker, S. des Kleidermachers Franz Barck, S. des Arbeiters Wilhelm Reinemund.

Original-Singer
Kingsicht- u. 1 Kingsicht-Maschine unter Garantie für 10 Jahre.
R. Osterroth, Schneiderstr. 21
Königsplatz 10
J. Tischler, Markt 10
Stahlfedern
aus Stahlblech
bestimmte
Warnung.
Ich warne meine Frau Frieda Stets geb. Jetter, 3. in Magdeburg-Strand, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlungen leisten will.
Walter Stets, Markt 10
Königsplatz 10

Standesamt.
Magdeburg, 18. Mai.
Geburten: Johann Carl Thiersch, Sohn von Gust. Thiersch und Marie Thiersch, geboren am 18. Mai 1903, 10 1/2 Uhr.

Geburten: S. des Buchbinders Karl Sommer, S. des Zigarrenfabrikanten August Heilmann, S. des Schlossers Ernst Ehrhardt, S. des Schlossers Ernst Müller, S. des Schlossers Wilhelm Gröhn, S. des Malers Karl Wolff, S. des Schiffsbauers Eugen Stücker, S. des Kleidermachers Franz Barck, S. des Arbeiters Wilhelm Reinemund.

Geburten: S. des Buchbinders Karl Sommer, S. des Zigarrenfabrikanten August Heilmann, S. des Schlossers Ernst Ehrhardt, S. des Schlossers Ernst Müller, S. des Schlossers Wilhelm Gröhn, S. des Malers Karl Wolff, S. des Schiffsbauers Eugen Stücker, S. des Kleidermachers Franz Barck, S. des Arbeiters Wilhelm Reinemund.

Stahlfedern
aus Stahlblech
bestimmte
Warnung.
Ich warne meine Frau Frieda Stets geb. Jetter, 3. in Magdeburg-Strand, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlungen leisten will.
Walter Stets, Markt 10
Königsplatz 10
Geburten: S. des Buchbinders Karl Sommer, S. des Zigarrenfabrikanten August Heilmann, S. des Schlossers Ernst Ehrhardt, S. des Schlossers Ernst Müller, S. des Schlossers Wilhelm Gröhn, S. des Malers Karl Wolff, S. des Schiffsbauers Eugen Stücker, S. des Kleidermachers Franz Barck, S. des Arbeiters Wilhelm Reinemund.

Standesamt.
Magdeburg, 18. Mai.
Geburten: Johann Carl Thiersch, Sohn von Gust. Thiersch und Marie Thiersch, geboren am 18. Mai 1903, 10 1/2 Uhr.

Geburten: S. des Buchbinders Karl Sommer, S. des Zigarrenfabrikanten August Heilmann, S. des Schlossers Ernst Ehrhardt, S. des Schlossers Ernst Müller, S. des Schlossers Wilhelm Gröhn, S. des Malers Karl Wolff, S. des Schiffsbauers Eugen Stücker, S. des Kleidermachers Franz Barck, S. des Arbeiters Wilhelm Reinemund.

Geburten: S. des Buchbinders Karl Sommer, S. des Zigarrenfabrikanten August Heilmann, S. des Schlossers Ernst Ehrhardt, S. des Schlossers Ernst Müller, S. des Schlossers Wilhelm Gröhn, S. des Malers Karl Wolff, S. des Schiffsbauers Eugen Stücker, S. des Kleidermachers Franz Barck, S. des Arbeiters Wilhelm Reinemund.

Ein ganzes Holzwaren habe ich billig erstanden und bringe daselbe mit geringem Nutzen zum Ausverkauf.

Sportwagen einseitig
statt 7.00 10.00 13.75 16.00 20.00 Mk.
nur 3.50 7.90 10.50 11.00 14.90 Mk.

Sportwagen zweiseitig, mit verstellbaren Rädern
statt 11.00 14.00 16.00 20.00 Mk.
nur 7.90 9.00 9.85 13.00 Mk.

Kinderstühle zum Umklappen
statt 4.50 5.90 12.00 16.00 Mk.
nur 3.35 6.00 7.50 12.00 Mk.

Reiterwagen blau oder eich gefirnischt, mit Eisenachsen
statt 2.50 3.50 bis zu 30.00 Mk.
nur 1.45 2.00

Kinderwagen 2732
ca. 200 Stück auf Lager, nur bestes Material, enorm billig, mit Ledertuch ausgefüttert
von 13.50 Mk. an bis zu 80.00 Mk.

Reiseförbe nur beste Ware
bedeutend im Preise ermäßigt
ca. 50 56 62 65 74 80 86 92 98 cm gr.
3.00 3.90 4.75 5.85 6.85 8.00 9.00 10.00 12.00 Mk.

Fritz Prager

Größte: Sackau, Sudenburg, Wilhelmstadt
Schwarzenstr. 24, Halberstädterstr. 30, Gr. Diederichstr. 31
Ede Parochstraße, gegenüber der Post

denso wie die in Verlehen usw. sich noch heute dazu verstehen müssen, die Listen abzuschreiben zu lassen.

* Der Ortsvorsteher von Bennedenbeck und die Wählerlisten. Trotz der klaren Bestimmungen des Wahlreglements...

* Umänderung der Wahlbezirke in Ottersleben. Parteienoffen! Infolge der vergrößerten Einwohnerzahl...

* Wie der „starke Mann“ Agitation treibt. Im Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen agitiert Herr v. Kröcher...

Magdeburger Angelegenheiten. Magdeburg, den 19. Mai 1903. Achtung, Reichstagswähler! Am Himmelfahrtstage...

Der Ausschlag unserer Plakate über die Auslegung der Wählerlisten hat in den maßgebenden Polizeikreisen...

Der Vorsitzende unres. Magdeburger Wahlkomitees ersuchte selbstverständlich sofort bei dem genannten Inspektor...

Genosse Viktorius machte darauf aufmerksam, daß doch eine Anzahl Gesetzesbestimmungen existierten...

Nun, unser Zweck ist ja erreicht: das Plakat hat zwei Tage gelebt und die Einschmähung ist im vollen Gange.

Auch dieser Fall wird wieder den Ruhm der Polizei Magdeburgs enorm steigern.

In die Wählerlisten nahmen Einsicht am Montag den 18. Mai: in der Altstadt (Buchhandlung Volksstimme)...

Wir ersuchen, uns jeden Morgen Nachricht zu geben, wieviel bis zum Abend vorher die Liste eingesehen haben.

Die Volksversammlung im Thalia-Saal war gut besucht. Die Versammelten folgten den interessantesten Ausführungen...

Als Genosse Viktorius als Vorsitzender noch weiter sprechen wollte, stand der überwachende Polizeikommissar stolz auf...

Der Kommissar: „Ja, ich möchte aber darum bitten!“ Der Vorsitzende: „Nun ja, Sie könnten doch höchstens den Schamknecht einstellen lassen!“

Der Kommissar: „Es ist Feierabendstunde, der Saal mußte geräumt werden.“ Der Vorsitzende: „Hehr Kommissar, Sie sind im Fortum!“

Der Kommissar: „Nein, ich bin im Recht!“ Der Vorsitzende: „Ich will mich nicht mit Ihnen streiten.“

Zur Verammlung gewendet: Sie hören, wir sollen Schluss machen, trotzdem nur Schluss des Schamknechtes eintreten kann...

Der Kommissar: „Nun, Sie können doch höchstens den Schamknecht einstellen lassen!“

Der Kommissar: „Es ist Feierabendstunde, der Saal mußte geräumt werden.“

Der Kommissar: „Hehr Kommissar, Sie sind im Fortum!“

Der Kommissar: „Nein, ich bin im Recht!“

Der Kommissar: „Ich will mich nicht mit Ihnen streiten.“

Zur Verammlung gewendet: Sie hören, wir sollen Schluss machen, trotzdem nur Schluss des Schamknechtes eintreten kann...

Der Kommissar: „Nun, Sie können doch höchstens den Schamknecht einstellen lassen!“

Der Kommissar: „Es ist Feierabendstunde, der Saal mußte geräumt werden.“

Der Kommissar: „Hehr Kommissar, Sie sind im Fortum!“

Der Kommissar: „Nein, ich bin im Recht!“

Der Kommissar: „Ich will mich nicht mit Ihnen streiten.“

Zur Verammlung gewendet: Sie hören, wir sollen Schluss machen, trotzdem nur Schluss des Schamknechtes eintreten kann...

Der Kommissar: „Nun, Sie können doch höchstens den Schamknecht einstellen lassen!“

bisher so gehalten, daß wir um 11 Uhr Schluß der Versammlungen einzutreten ließen, um unsere Wirte nicht zu schädigen.

Nachdem der Vorsitzende noch auf die am nächsten Dienstag im „Luisenpark“ stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht...

Das Kammergericht hat bekanntlich wiederholt erklärt, daß die Versammlungen nicht an etwaige Polizeistunden gebunden seien.

Es bedarf gewiß nicht erst der besonderen Erwähnung, daß wir, obwohl strikte Gegner des Nationalliberalen Arendt...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Wir wissen, daß Herr A. ein Ehrenmann ist und wir bekämpfen ihn, weil er für eine Partei kandidiert...

Mittmann, der den Unfall verschuldet hatte, sollte, der „Breslauer Morgenzeitung“ zufolge, heute definitiv angeklagt werden.

Auf dem Labender Exerzierplatz wurde bei den Übungen des Manenregiments der Unteroffizier Wegner von seinem Hintermann...

Die heimgewandte Wunde ist sechs Zentimeter tief und ziemlich weit. Einem Telegramm zufolge wurde in Heiligengrube bei Gleiwitz der Bergmann Somadmit...

Einem Telegramm zufolge wurde in Heiligengrube bei Gleiwitz der Bergmann Somadmit durch einen vorzeitig abgegebenen Sprengschuß getötet.

Der Besatzung hinterließ eine Frau und mehrere unverjüngte Kinder. Im Wohnzimmer des Kronprinzen im Neuen Palais in Potsdam entstand beim Probeheizen eines Ofens ein Brand...

Die ehemalige Stiftssoberin Elise von Hausler wurde zur Verkürzung ihrer Strafe, die ihr wegen des bekannten Giftmordverjudes zubilligt wurde, in das Wetzlarer Gefängnis transportiert.

In Kopenhagen hat sich der Oberst Löffler, der am deutsch-französischen Kriege teilgenommen und später in der englischen Armee Indiens gebient hatte, bei unvorsichtigem Schießen mit einem Revolver tödlich verletzt.

In zwei Pariser Kirchen fanden zwischen Anhängern und Gegnern der geistlichen Gesellschaften blutige Schlägereien statt. Ein russischer Sprachlehrer Pogowski in Kattowitz...

Wegen der in Straßburg ausgebrochenen Pockenepidemie wurde für die Garnison die Schutzimpfung angeordnet. Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Der Zustand Henrik Hensens ist nach einer Kopenhagener Meldung seit gestern hoffnungslos.

Letzte Nachrichten.

(Herold, Depeschen-Bureau)

Agram, 19. Mai. Nachdem die aufs genaueste durchgeführten Hausjuchungen keinerlei kompromittierendes Material zu Tage...

Grenoble, 19. Mai. Der Liquidator des Kartäuser-Klosters hat alle Türen des Klosters verschlossen gefunden...

Leipzig, 19. Mai. Die Polizei verbietet wie in Krakau auch hier die geplante Abhaltung sozialistischer Versammlungen...

Der Mörder Prinz Arenberg im Gefängnis. Folgendes, ungeheures Aufsehen erregendes Privattelegramm geht uns soeben zu:

Hannover, 19. Mai. Gegenüber dem Dementi der hiesigen Gefängnisverwaltung, betr. die Lebensweise des Mörders im Gefängnis, schreibt die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“:

Wir nehmen von dem, was wir gesagt haben, nicht nur nichts zurück, sondern fügen hinzu, daß Prinz Arenberg in stetem Scheckverkehr mit einem Bankhause stand.

Daß er ferner einen Mann zur eigenen Bedienung hatte, und daß er sich so viel Spirituosen verschaffen konnte wie er wollte.

Es ist recht bezeichnend, daß er sich im Gefängnis Bier aus Extrakt selbst brauen konnte.

Der Prinz beschäftigte sich mit Literatur und fand abends Gesellschaft zum Kartenspielen.

Daß es ihm auch nicht an Frauenzimmern gefehlt hat, haben wir bereits mitgeteilt. Das sind Tatsachen.

Der famose Prinz hatte bekanntlich einen Negersklaven grausam ermordet. hatte ferner mit seinem Bajonett im Gehirn des Halbtoren herumgewühlt.

Das ist recht bezeichnend, daß er sich im Gefängnis Bier aus Extrakt selbst brauen konnte.

Der Prinz beschäftigte sich mit Literatur und fand abends Gesellschaft zum Kartenspielen.

Daß es ihm auch nicht an Frauenzimmern gefehlt hat, haben wir bereits mitgeteilt. Das sind Tatsachen.

Der famose Prinz hatte bekanntlich einen Negersklaven grausam ermordet. hatte ferner mit seinem Bajonett im Gehirn des Halbtoren herumgewühlt.

Das ist recht bezeichnend, daß er sich im Gefängnis Bier aus Extrakt selbst brauen konnte.

Der Prinz beschäftigte sich mit Literatur und fand abends Gesellschaft zum Kartenspielen.

Daß es ihm auch nicht an Frauenzimmern gefehlt hat, haben wir bereits mitgeteilt. Das sind Tatsachen.

Der famose Prinz hatte bekanntlich einen Negersklaven grausam ermordet. hatte ferner mit seinem Bajonett im Gehirn des Halbtoren herumgewühlt.

Das ist recht bezeichnend, daß er sich im Gefängnis Bier aus Extrakt selbst brauen konnte.

Der Prinz beschäftigte sich mit Literatur und fand abends Gesellschaft zum Kartenspielen.

Daß es ihm auch nicht an Frauenzimmern gefehlt hat, haben wir bereits mitgeteilt. Das sind Tatsachen.

Der famose Prinz hatte bekanntlich einen Negersklaven grausam ermordet. hatte ferner mit seinem Bajonett im Gehirn des Halbtoren herumgewühlt.

Das ist recht bezeichnend, daß er sich im Gefängnis Bier aus Extrakt selbst brauen konnte.

Der Prinz beschäftigte sich mit Literatur und fand abends Gesellschaft zum Kartenspielen.

Kleine Chronik.

Vier Wettbureaubesitzer verhaftet. Ein Privat-Telegramm aus Dresden meldet dem „B. Z.“, daß die Inhaber von Wettbureaus Perthen, Brochnow, Wurch und Koalitz unter dem Verdachte...

9000 Fragen. Ein großer Jahrbuchsprozeß nimmt am 20. Mai vor den Säuranten des Moskauer Bezirksgerichts seinen Anfang.

Kleine Tageschronik. Der Mörder des Offiziers Biedrich, Matrosen Köhler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urteil...

Der Mörder des Offiziers Biedrich, Matrosen Köhler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urteil...

Der Mörder des Offiziers Biedrich, Matrosen Köhler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urteil...

Der Mörder des Offiziers Biedrich, Matrosen Köhler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urteil...

Der Mörder des Offiziers Biedrich, Matrosen Köhler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urteil...

Der Mörder des Offiziers Biedrich, Matrosen Köhler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urteil...

Der Mörder des Offiziers Biedrich, Matrosen Köhler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urteil...

Der Mörder des Offiziers Biedrich, Matrosen Köhler, hat gegen das auf Todesstrafe lautende Urteil...

Briefkasten.

L. Gommern. Die Ausfertigung des Arbeitsbuches hat durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes zu geschehen, an welchem der nährerhörige Arbeiter seinen letzten dauernden Aufenthalt hatte.

Die Ausfertigung erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. In diese nicht zu befehlen oder wird sie verweigert, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen.

Die Ausfertigung erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. In diese nicht zu befehlen oder wird sie verweigert, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen.

Die Ausfertigung erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. In diese nicht zu befehlen oder wird sie verweigert, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen.

Die Ausfertigung erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. In diese nicht zu befehlen oder wird sie verweigert, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen.

Die Ausfertigung erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. In diese nicht zu befehlen oder wird sie verweigert, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen.

